

CHRISTIAN STARCK

Freiheit und Institutionen

Mohr Siebeck

Christian Starck

Freiheit und Institutionen



Freiheit und Institutionen

von
Christian Starck

Mohr Siebeck

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Starck, Christian:

Freiheit und Institutionen / Christian Starck. – Tübingen :

Mohr Siebeck, 2002

ISBN 3-16-147806-1

eISBN 978-3-16-162888-7 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 2002 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Bembo Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf archivfähiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1

Erster Teil:

Menschenbild und rechtliche Institutionen

1. Kapitel: Zur Notwendigkeit einer Wertbegründung des Rechts (1989)	9
2. Kapitel: Das Christentum und die Kirchen in ihrer Bedeutung für die Identität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten (1997)	29
3. Kapitel: Ius utrumque im Wandel der Zeiten (1999)	53
4. Kapitel: Die Flexibilität rechtlicher Institutionen (1995)	73
5. Kapitel: Die künstliche Befruchtung beim Menschen (1986)	87
6. Kapitel: Wider die Verdinglichung menschlicher Embryonen (2001) ..	131

Zweiter Teil:

Freiheit und Organisation

1. Kapitel: Freiheit und Organisation (1976)	143
2. Kapitel: Staatliche Organisation und staatliche Finanzierung als Hilfen zur Grundrechtsverwirklichung? (1976)	158
3. Kapitel: Freie Berufe und der Schutzbereich des Artikel 14 Grundgesetz (1971)	205
4. Kapitel: Die Wahrnehmung von Kammeraufgaben durch Handelsgesellschaften (1984)	220
5. Kapitel: Satzungsautonomie und Grundrechte (1967)	237
6. Kapitel: Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichheit von Mann und Frau (1999/2000)	263

Dritter Teil:

Funktion staatlicher Institutionen

1. Kapitel: Wahlen im demokratischen Verfassungsstaat (1997/2000) 285
2. Kapitel: Grundrechte, Rechtsstaat und Demokratieprinzip
als Grundlagen des Verwaltungsverfahrens (1995) 299
3. Kapitel: Nationaler Grundkonsens und Verfassungsgerichte (2000) . . . 319
4. Kapitel: Verfassungsgerichtsbarkeit und Fachgerichte (1996) 333
5. Kapitel: Überlegungen zum verfassungsrechtlichen
Steuerbegriff (1972) 357
6. Kapitel: Freiheitlicher Staat und staatliche Schulhoheit (1975) 376

Vierter Teil:

Freiheitliche Kommunikationsordnung

1. Kapitel: Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit (1987) 405
 2. Kapitel: Herkunft und Entwicklung der Klausel
„allgemeine Gesetze“ als Schranke der Kommunikationsfreiheiten
in Art. 5 Abs. 2 des Grundgesetzes (1974) 419
 3. Kapitel: Informationsfreiheit und Nachrichtensperre (1978) 445
 4. Kapitel: Zur notwendigen Neuordnung des Rundfunks (1980) 464
 5. Kapitel: Grund- und Individualrechte als Mittel institutionellen
Wandels in der Telekommunikation (1995) 477
 6. Kapitel: „Grundversorgung“ und Programmauftrag
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (1997) 495
- Register 517

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1

Erster Teil:

Menschenbild und rechtliche Institutionen

1. Kapitel:

Zur Notwendigkeit einer Wertbegründung des Rechts

A. Über die Unvermeidbarkeit von Werten im Recht	9
I. Fragestellung	9
II. Die Wertkritik	10
III. Unvermeidbarkeit	12
B. Über die Richtigkeit von Wertungen	15
I. Historische Kriterien	15
II. Anthropologische Grundgegebenheiten	19
C. Über die Bedeutung der Werte für die Rechtsprechung	23

2. Kapitel:

Das Christentum und die Kirchen in ihrer Bedeutung für die Identität der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

A. Europäische Rechtsgemeinschaft und demokratischer Verfassungsstaat	29
B. Verhältnis von politischer Herrschaft und Kirche	32
I. Ursprünge der Trennung	32
II. Verschiedene Formen der Trennung	34
III. Grenzen der Staatsgewalt	37

C. Erbsündenlehre und Gewaltenteilung	37
D. Gottesebenbildlichkeit und Menschenrechte	40
E. Gebot der Nächstenliebe und sozialer Auftrag	43
F. Identitätsbestimmende Merkmale der Europäischen Union	46
G. Die Kirchen als gesellschaftliche Kraft in der Europäischen Union	49

3. Kapitel:

Ius utrumque im Wandel der Zeiten

A. Rom: Stanza della Segnatura	53
B. Der traditionelle Beginn: Einheit von weltlicher und geistlicher Gewalt	57
C. Die institutionelle Verselbständigung der Kirche	59
D. Ius canonicum im ius utrumque	61
E. Nationale und territoriale Staatskirchentümer	63
F. Der Einfluß der Reformation auf das kanonische Recht	65
G. Grenzen der Staatsgewalt und Rechte der Kirchen	67
H. Ius utrumque im System des religiös neutralen Verfassungsstaates	69

4. Kapitel:

Die Flexibilität rechtlicher Institutionen

A. Verfassungsrechtliche Miniatur zur Einführung	73
B. Der Institutionenbegriff als Band zwischen Jurisprudenz und Soziologie	75
C. Heuristische Institutionen zur Sicherung sachlicher Flexibilität	78
D. Flexibilität rechtlicher Institutionen in der Zeitdimension	81
E. Juristische Methodenlehre als mæeutische Institution	84

5. Kapitel:

Die künstliche Befruchtung beim Menschen Verfassungsrechtliche Probleme

A. Einleitung	87
B. Medizinische Möglichkeiten und ihre Anwendung	88

I. Künstliche Samenübertragung und Befruchtung außerhalb des weiblichen Körpers	88
II. Manipulationen von Keimzellen und Embryonen	89
III. Gefriertechnik	89
IV. Anwendungsmodalitäten	90
C. Die einschlägigen verfassungsrechtlichen Maßstäbe und ihre Bedeutung für die Gesetzgebung	90
I. Allgemeines	90
II. Menschenwürdeschutz	91
1. Begriff der Menschenwürde	91
2. Träger der Menschenwürde	93
III. Freie Entfaltung der Persönlichkeit und deren Schranken	95
IV. Wissenschaftsfreiheit und deren Schranken	97
V. Schutz von Ehe und Familie, Elternverantwortung	97
D. Verfassungsrechtliche Beurteilung der im Zusammenhang mit der künstlichen Befruchtung vorgenommenen medizinischen Maßnahmen	98
I. Künstliche Einbringung männlichen Samens in den weiblichen Körper	98
1. Samen des Ehemannes	98
2. Samen eines Dritten	98
a) Probleme	98
b) Verbot der Anonymität	100
c) Pflichten aus Art. 6 GG	103
d) Schutz von Ehe und Familie	104
e) Ergebnis	105
II. Die Befruchtung außerhalb des weiblichen Körpers und die Einpflanzung der Embryonen	105
1. Allgemeine Probleme	106
a) Chirurgischer Eingriff	106
b) Therapiemaßnahme?	106
2. Das Schicksal übriggebliebener Embryonen	108
a) Der Vorgang der Embryonenerzeugung	108
b) Verfassungsrechtliche Grenzen für die Erzeugung von Embryonen	108
c) Benutzung von Embryonen im frühen Entwicklungsstadium zu Forschungszwecken	110
3. Fazit	112
4. Eispende und Embryonenspende	112
a) Die Vorgänge und ihr Verhältnis zur Menschenwürde	112
b) Familienrechtliche Einordnung und verfassungsrechtliche Voraussetzungen	113
c) Besonderheiten der Embryonenspende	114

5. Tragemutterschaft und Ersatzmutterschaft	115
a) Charakterisierung der Vorgänge	115
b) Bürgerlich-rechtliche und faktische Bedingungen	115
c) Kein Verstoß gegen die Menschenwürde	117
d) Berechtigung des Gesetzgebers, Trage- und Ersatz- mutterschaft zu verbieten	117
III. Manipulation an Embryonen und Gentechnologie	119
1. Manipulation an Embryonen	119
2. Gentechnologie und Gentherapie	121
E. Regelungsbedarf und Regelungskompetenzen	123
I. Allgemeines	123
II. Ergänzungen des bürgerlichen Rechts	124
III. Ergänzungen des ärztlichen Berufsrechts	125
IV. Ergänzungen des Strafrechts	125
V. Internationale Rechtsvereinheitlichung	126
F. Zusammenfassung in Thesen	126

6. Kapitel:

Wider die Verdinglichung menschlicher Embryonen

A. Fortpflanzungsmedizin und Embryonenschutz	131
B. Der moralische Status des Embryos	133
C. Wertungswidersprüche in der Rechtsprechung?	135
D. Embryonen als Objekte der Forschung?	136

Zweiter Teil:

Freiheit und Organisation

1. Kapitel:

Freiheit und Organisation

A. Definitionen und Beziehungen	143
B. Balance durch Organisation	146
C. Über Selbstverwaltung	150
I. Kommunale Selbstverwaltung	150
II. Personalkörperschaften	151
III. Selbstverwaltung der Universitäten	152

2. Kapitel:

Staatliche Organisation und staatliche Finanzierung
als Hilfen zu Grundrechtsverwirklichungen

A. Aspekte des Problems	158
I. Grundrechte und Freiheitsvoraussetzungen	158
II. Freiheitsschutz und Organisation	160
III. Klassische Verfahren und Rechtsformen zur Grundrechts- verwirklichung	162
IV. Neuere Rechtsformen und Zuteilungen zur Grundrechts- verwirklichung	163
V. Gang und Grenzen der folgenden Untersuchung	163
B. Organisation	165
I. Rundfunkfreiheit	165
1. Knappheit der Freiheitsvoraussetzungen	165
2. Rechtfertigung der organisationsrechtlichen Lösung	167
3. Organisationsrechtliche Konsequenzen der Vergesell- schaftung	168
a) Besetzung der Rundfunkgremien	168
b) Status der Rundfunkanstalten	168
c) Mitbestimmungsprobleme	169
d) Prozeßrecht	170
II. Pressefreiheit	171
1. „Institutioneller“ Ansatz des Bundesverfassungsgerichts	171
2. Presseorganisation und „allgemeine Gesetze“	172
3. Organisationsrechtliche Konsequenzen des „Instituts Freie Presse“	173
4. Maßnahmen zur Erhaltung des Konkurrenzstandes im Pressewesen?	175
5. Presse und Rundfunk	176
III. Wissenschaftsfreiheit	177
1. Wissenschaftsfreiheit und Universitätsorganisation	177
2. Das Organisationsprinzip der Gruppenuniversität und die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	179
3. Organisationsrechtliche Konsequenzen der Gruppenuniversität	179
4. Wissenschaftsfreiheit und andere Organisationsmodelle	181
5. Prozeßrechtliche Fragen	182
IV. Koalitionsfreiheit	182
1. Koalitionsinterne Organisationsprobleme	182
2. Koalitionsexterne Organisationsprobleme	183
3. Koalitionsfreiheit im öffentlichen Dienst	186
4. Paritätische Mitbestimmung	188

V. Elternrecht	189
1. Eltern-Kinder-Staat	189
2. Elternrecht und staatliche Schulhoheit	190
3. Repräsentative Ausübung des Elternrechts?	192
4. Elternrecht und Privatschulfreiheit	193
C. Finanzierung	194
I. Grundrechtswandel zum Leistungsanspruch?	194
II. Grundrechtsstruktur als Grenze des Wandels	196
1. Finanz- und Haushaltskompetenz	196
2. Bestimmtheit des Anspruchsobjekts	196
3. Die unmittelbare Bindung der Grundrechte	198
III. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	199
1. Sicherung des Existenzminimums	199
2. Anspruch auf Studienplatz	200
3. Anspruch auf Forschungsfinanzierung	202
4. Anspruch auf Privatschulsubventionen	203
IV. Ergebnis	204

3. Kapitel:

Freie Berufe und der Schutzbereich des Art. 14 Grundgesetz

A. Berufsfreiheit und Besitzstand	205
B. Erweiterung des verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriffs	207
C. Der erlaubte und ausgeübte freie Beruf als vermögensrechtliche Position	211
D. Sozialbindung oder Substanzentzug	216

4. Kapitel:

Die Wahrnehmung von Kammeraufgaben durch Handelsgesellschaften

A. Das organisatorische Erscheinungsbild	220
B. Öffentlich-rechtliche Personalkörperschaften und ihre Aufgaben im Allgemeinen	222
C. Kammeraufgaben nach den Kammergesetzen / Heilberufsgesetzen der Länder	223
D. Vereinszweck und Unternehmensgegenstände gemessen an Kammeraufgaben	226
E. Die organisatorische Sicherung der Aufgabenbeschränkung der Handelsgesellschaften	228

F. Erfüllung von Kammeraufgaben durch privatrechtliche Einrichtungen	231
G. Schranken für die Tätigkeit der Kammern und ihrer privatrechtlichen Ableger aus Wettbewerbsrecht	233

5. Kapitel:

Satzungsautonomie und Grundrechte

A. Begriff und politische Bedeutung der Satzungsautonomie	237
B. Satzungsautonomie und Grundgesetz	241
C. Einzelne Autonomieträger und die Grundrechte	247
I. Gemeindeautonomie	247
II. Autonomie öffentlich-rechtlicher Berufsverbände	251
III. Autonomie der Deutschen Bundesbank	259
IV. Hochschulautonomie	261

6. Kapitel:

Gleichberechtigung und tatsächliche Gleichheit von Mann und Frau

A. Gleichberechtigung und ihre „tatsächliche Durchsetzung“ (Art. 3 Abs. 2 GG)	263
B. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs von 1995 und 1997	267
C. Besondere verfassungsrechtliche Differenzierungen, die Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG verdrängen	269
D. Positive Maßnahmen zugunsten der Frauen und Gleichberechtigungsanspruch der Männer	272
E. Gleichberechtigungsprobleme im Arbeitsrecht	272
I. Begründung des Arbeitsverhältnisses	274
II. Arbeitsbedingungen, Aufstiegschancen, Kündigung	275
III. Entlohnung	276
IV. Zugang zur Berufsausbildung	277
F. Anhang: Das Badeck-Urteil des Europäischen Gerichtshofs.	278

Dritter Teil:

Funktion staatlicher Institutionen

1. Kapitel:

Wahlen im demokratischen Staat

A. Zwecke der Wahlen: Repräsentation, Integration, Legitimation und Kontrolle	285
B. Mehrheitswahlrecht	288
C. Verhältniswahlrecht	290
I. Reine Form des Verhältniswahlrechts	290
II. Das geltende deutsche Mischsystem	292
III. Die Aufstellung von Wahlvorschlägen als demokratische Vorausauswahl	294
D. Reform des Wahlrechts	295
I. Allgemeines	295
II. Deutschland	295
III. Vereinigtes Königreich	296

2. Kapitel:

Grundrechte, Rechtsstaat und Demokratieprinzip
als Grundlage des Verwaltungsverfahrens

A. Der Begriff des Verwaltungsverfahrens	299
B. Verankerung der Grundlagen	300
I. Deutschland	300
II. Großbritannien	301
III. Frankreich	302
IV. Zwischenergebnis	303
C. Die Voraussetzungen des Verwaltungsverfahrens	304
I. Der Vorbehalt des Gesetzes	304
II. Das Verwaltungsermessen	307
III. Das subjektive öffentliche Recht	310
D. Die Anforderungen an das Verwaltungsverfahren	313
E. Schlußbetrachtung	317

3. Kapitel:

Nationaler Grundkonsens und Verfassungsgerichte

A. Verfassung und Grundkonsens	319
I. Die Begriffe des Themas	319
II. Der Vorrang der Verfassung	320
III. Die verschiedenen Konsensprobleme	322
B. Einzelne Verfassungsgerichte	323
C. Konsenserhaltung durch Sicherung des Verfassungsrechts	330

4. Kapitel:

Verfassungsgerichtsbarkeit und Fachgerichte

A. Die Urteilsverfassungsbeschwerde und die Stellung der Fachgerichte	333
I. Urteilsverfassungsbeschwerde als außerordentlicher Rechtsbehelf	333
II. Die Stellung der Fachgerichte nach dem Grundgesetz	334
III. Abgrenzungsformeln des Bundesverfassungsgerichts	336
B. Die Abgrenzungsformeln in ihrer Anwendung	337
I. Verletzung „spezifischen Verfassungsrechts“	337
II. Beispiele aus der Rechtsprechung	339
1. Objektiv-rechtliche Bedeutung der Grundrechte	339
2. Konflikt zwischen Meinungsäußerungsfreiheit und Ehrenschaft	340
3. Einzelfallgerechtigkeit im Asylrecht	344
III. Zwischenergebnis	345
C. Neubesinnung und Lösung praktischer Fragen	347
I. Grundgesetz als Rahmen und Art der Kontrolle	347
1. Rahmencharakter der Verfassung	347
2. Die verfassungsgerichtliche Kontrolldichte	349
II. Bindungswirkung der Entscheidungen über Urteils- verfassungsbeschwerden	352
III. Problematik der stattgebenden Kammerentscheidungen	354

5. Kapitel:

Überlegungen zum verfassungsrechtlichen Steuerbegriff

A. Das Problem	357
B. Grundgesetz und vorkonstitutionelle Rechtsbegriffe	359

C. Der überkommene Steuerbegriff	362
D. Der verfassungsrechtliche Steuerbegriff	366
I. Der Finanzzweck	367
II. Wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke	368
III. Verhältnis der verschiedenen Zwecksetzungen zueinander	370
IV. Folgerungen	371
E. Steuerbegriff und Gesetzgebungskompetenz	372

6. Kapitel:

Freiheitlicher Staat und staatliche Schulhoheit

A. Erziehung, Schule, Staat	376
B. Der Kampf um die Schule im 19. Jahrhundert	379
I. Vorgeschichte	379
II. Wege der Verstaatlichung der Schule	381
III. Ergebnis: Kein staatliches Schulmonopol	384
C. Schulhoheit und freiheitlicher Staat in der Bundesrepublik	386
I. Unitarisierter Schulföderalismus	386
II. Der Anteil der Kommunen	388
III. Landesverfassungsrechtliche Erziehungsziele	389
D. Eltern und Lehrer	392
I. Elternrecht	392
II. Pädagogische Freiheit der Lehrer	395
E. Grundrecht auf Privatschulfreiheit	398

Vierter Teil:

Freiheitliche Kommunikationsordnung

1. Kapitel:

Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit

A. Grundlagen und Bedeutung der Meinungsfreiheit	405
B. Der Schutzbereich der Meinungsfreiheit	407
C. Die Wissenschaftsfreiheit	408
D. Die Adressaten der Wissenschaftsfreiheit und der Meinungsfreiheit	409
E. Zensurverbot	412

F. Die Schranken der Meinungsfreiheit	413
G. Die Schranken der Wissenschaftsfreiheit	415

2. Kapitel:

Herkunft und Entwicklung der Klausel „allgemeine Gesetze“ als Schranke der Kommunikationsfreiheiten in Artikel 5 Abs. 2 des Grundgesetzes

A. Das Problem	419
B. Die vormärzliche Zeit	420
I. Adolf Dietrich Weber	421
II. Günther Heinrich von Berg	422
III. Verfassungen und Pressegesetze	424
IV. Zwischenergebnis	426
C. Die Preußische Verfassung, die Paulskirche und das Reichspreßgesetz	427
I. Entstehungsgeschichte der Presseartikel der Preußischen Verfassung	427
II. Ergebnis der Entstehungsgeschichte	431
III. Der Presseartikel der Paulskirche	432
IV. Das Reichspreßgesetz	433
D. Die Weimarer Reichsverfassung	434
I. Übernahme der traditionellen Formel	434
II. Juristische Bearbeitung der Formel	436
III. Ergebnis	439
E. Die Materialien zur Entstehung des Grundgesetzes	439
F. Folgerungen	442

3. Kapitel:

Informationsfreiheit und Nachrichtensperre

A. Tatsächliches Erscheinungsbild der Nachrichtensperre	445
I. Eigenart und Zweck der Nachrichtensperre	445
II. Grenzen der Wirksamkeit von Nachrichtensperren	446
B. Rechtliche Qualifizierung des Informationsanspruchs	448
I. Informationsfreiheit und Informationsanspruch	448
II. Beurteilung des geltend gemachten verfassungsrechtlichen Informationsanspruchs der Presse	451

1. Leistungsanspruch aus Grundrechten?	451
2. Privilegierung der Presse?	453
3. Zwischenbilanz	455
III. Bloße staatliche Informationspflicht	455
C. Grenzen des pressegesetzlichen Auskunftsanspruchs	457
I. Definitionsprobleme	457
II. Gründe für Auskunftsverweigerung	458
1. Schwebende Verfahren	458
2. Vorschriften über Geheimhaltung	460
3. Überwiegendes öffentliches Interesse	461
4. Weitere Gründe	462
III. Gerichtliche Durchsetzung des gesetzlichen Informationsanspruchs	462

4. Kapitel:

Zur notwendigen Neuordnung des Rundfunks

A. Rundfunkveranstaltungsfreiheit als Teil der Rundfunkfreiheit	464
I. Gesetzliche Rundfunkorganisation und verfassungsrechtlicher Rundfunkbegriff	464
II. Erweiterung der Übertragungsmöglichkeiten durch Kabel und Satellit	465
III. Rundfunkfreiheit als subjektives Recht	467
IV. Wirkungen des Fernsehens	469
V. Freiheitsverständnis des Grundgesetzes	471
B. Schranken der Rundfunkveranstaltungsfreiheit	473
C. Zur Gesetzgebungskompetenz	475

5. Kapitel:

Grund- und Individualrechte als Mittel institutionellen Wandels in der Telekommunikation

A. Fragestellung und Gang der Untersuchung	477
B. Die objektiv-rechtliche Verstrickung der Rundfunkfreiheit	478
C. Das individualrechtliche Verständnis der Rundfunkfreiheit	482
D. Was bringt Europa ein?	487
E. Individuelle Freiheit und gesetzliche Sicherung ihrer Gemeinverträglichkeit	491

6. Kapitel:
„Grundversorgung“ und Programmauftrag
des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

A. Einführung	495
B. Der Rundfunkbegriff	497
C. Rundfunkbegriff und Aufgabenbereich der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	498
D. Der Begriff „Grundversorgung“ in Literatur und Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	501
E. Kritik der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Rundfunkfreiheit	506
F. Rundfunkfreiheit als institutionelle Garantie in ihrer Bedeutung für den Begriff „Grundversorgung“	509
G. Subjektives Recht auf Rundfunkveranstaltung und dessen Konsequenzen für den Begriff „Grundversorgung“	513
Register	517

Abkürzungsverzeichnis

a.	articulus
a.A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
ABDA	Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker
Abg.	Abgeordneter
Abh.	Abhandlung
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AbsichG	Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AfkKR	Archiv für katholisches Kirchenrecht
AfP	Archiv für Presserecht
AK-Kommentar	Wassermann (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Reihe Alternativer Kommentar
Akad. d. Wiss.	Akademie der Wissenschaften
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
amtl.	amtlich
Anm.	Amerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis, Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
arg.	argumentum
Art.	Artikel

ARTE	Association Relative à la Télévision Européenne
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
Ärztl. Mitt.	Ärztliche Mitteilungen (Zeitschrift)
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
AuslG	Ausländergesetz
Bad.-Württ./bw.	Baden-Württemberg, baden-württembergisch
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
bay.	bayerisch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BbkG	Deutsche Bundesbank Gesetz
BdF	Bundesfinanzministerium
Bd.	Band/Bände
BefStG	Beförderungsteuergesetz
Berl./bln.	Berlin, Berliner
bes.	besonders
Beschl.	Beschluß
betr.	betreffend
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BezO	Bezirksordnung
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BGS	Bundesgrenzschutz
BK	Dolzer, Rudolf (Gesamtherausgeber)/Vogel, Klaus (Mitherausgeber für Abschnitt X), Bonner Kommentar zum Grundgesetz (Loseblatt, 1950 ff.)
BMF	Bundesminister der Finanzen
BPersG	Bundespersönlichkeitsvertretungsgesetz
BR	Bayerischer Rundfunk
BR	Bundesrat
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BReg.	Bundesregierung
Brem.	Bremen
BSHG	Bundessozialhilfegesetz

BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvR	Registerzeichen des Bundesverfassungsgerichts für Verfassungsbeschwerden
BWahlG	Bundeswahlgesetz
bzw.	beziehungsweise
can.	Canon
cap./ch.	capitulus/chapitre
CCEE	Consilium Conferentiarum Episcopaliū Europae
CCT	Teil des Aktenzeichens der Entscheidungen des Südafrikanischen Verfassungsgerichts
CDU	Christlich Demokratische Union
CE	Communauté européenne
d.	der/des
dass.	dasselbe
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DC	Teil des Aktenzeichens der Entscheidungen des Conseil constitutionnel
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dgl.	dergleichen
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DM	Deutsche Mark
DJT	Deutscher Juristentag
Doc.	document
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
Drucks.	Drucksache
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
ebd./ebda.	ebenda
ed./éd.	edition/édition/editor/éditeur
EG	Europäische Gemeinschaft

EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. 3. 1957 (ehemals Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWGV)
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch
Einl.	Einleitung
einschl.	einschließlich
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11. 1950 (Europäische Menschenrechtskonvention)
entspr.	entsprechend
epd	Evangelischer Pressedienst
Eph.	Epheserbrief
Erl.	Erläuterung
ESTG	Einkommensteuergesetz
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union vom 7. 2. 1992 (Vertrag von Maastricht)
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	für
f./ff.	folgende
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FGO	Finanzgerichtsordnung
FinArch	Finanzarchiv
FR	Finanz-Rundschau (Zeitschrift)
französ./frz.	französisch
FS	Festschrift
GBI.	Gesetzblatt
Gen.	Genesis
GeschOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
GewArch	Gewerbe-Archiv
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GoldtArch	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GrA	Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Gesetzessammlung
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVNW	Gesetze und Verordnungen von Nordrhein-Westfalen
HaushO	Haushaltsordnung
Hamb./hbg.	Hamburg, hamburger
HdbStKirchR	Listl/Pirson (Hrsg.), Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HbDStR	Anschütz/Thoma (Hrsg.), Handbuch des deutschen Staatsrechts
HbStR/HStR	Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdbVerfR	Benda/Maihofer/Vogel (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Hess.	Hessen, hessisch
Hg./Hrsg.	Herausgeber
hg./hrsg.	herausgegeben (von)
HGB	Handelsgesetzbuch
HGIG	Hessisches Gleichberechtigungsgesetz
Hlbbd.	Halbband
HO	Handwerksordnung
HR	Hessischer Rundfunk
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.	id est
i.e.S.	im engeren Sinne
IHKG	Gesetz über die Industrie- und Handelskammern
insb./insbes.	insbesondere
i.V.	in Verbindung
Jg.	Jahrgang
Jhd./Jh.	Jahrhundert
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
jur.	juristisch
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)

JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Kap.	Kapitel
KEK	Konferenz Europäischer Kirchen
KG	Kammergesetz
kgl.	königlich
KMK	Konferenz der Kultusminister
Law Ed. US.	Lawyer's Edition, United States Supreme Court Reports
Leg.	Legislatur
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
lit.	littera (Buchstabe)
LKrO	Landkreisordnung
LPersVG	Landespersonalvertretungsgesetz
Ls.	Leitsatz
LT	Landtag
m.E.	meines Erachtens
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mt.	Matthäus-Evangelium
n.F.	neue Fassung
NDR	Norddeutscher Rundfunk
Nds./nds.	Niedersachsen, niedersächsisch
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nordrh.-Westf./nrw.	Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälisch
Nr./No.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZWehrR	Neue Zeitschrift für Wehrrecht
o.J.	ohne Jahresangabe
Österr. VerfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Amtliche Sammlungen der Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte Münster und Lüneburg
PartG	Parteiengesetz

preuß./pr.	preußisch
Pr. ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Pr.KAG	Preußisches Kommunalabgabengesetz
Prot.	Protokoll
Pr.OVG	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
qu.	quaestio
RB	Radio Bremen
RdA	Recht der Arbeit (Zeitschrift)
RdfStV	Staatsvertrag über den Rundfunk in Deutschland vom 31. 8. 1991
Rdnr./Rn.	Randnummer
RedA	Redaktionsausschuß des Parlamentarischen Rates
Reuß j.L.	Reuß jüngere Linie
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft
RGZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
Rh.-Pf./rpf.	Rheinland-Pfalz, rheinland-pfälzisch
Röm.	Römerbrief
Rspr.	Rechtsprechung
RuF	Rundfunk und Fernsehen (Zeitschrift)
RV	Reichsverfassung
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
s.	siehe
s.a.	siehe auch
Saarl.	Saarland, saarländisch
sc.	sciat (man wisse)
Schl.-Holst.	Schleswig-Holstein, schleswig-holsteinisch
SDR	Süddeutscher Rundfunk (ab 1998 fusioniert mit Südwestfunk)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
sic!	wirklich, so (lat.)
Slg.	Sammlung
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte

Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Saarländischer Rundfunk
StBJb	Steuerberater-Jahrbuch
StBerG	Steuerberatungsgesetz
Sten. Bericht	Stenographischer Bericht
StGH	Staatsgerichtshof
StGB	Strafgesetzbuch
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StRK	Steuerrechtsprechung in Karteiform, höchsttrichterliche Entscheidungen in Steuersachen (= Steuerrechtskartei)
StrVert/StV	Der Strafverteidiger (Zeitschrift)
StuW	Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)
SWF	Südwestfunk bis 1998
SWR	Südwestrundfunk (ab 1998 Fusion von SDR und SWF)
Tit.	Titel
u.	und
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliche
UE	Union de l'Europe
Urt.	Urteil
usf.	und so fort
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	versus
v.	vom/von
VBl.	Verwaltungsblatt
Verh./Vh.	Verhandlungen
VerwArch	Verwaltungsarchiv
Vf.	Verfassung
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

WDR	Westdeutscher Rundfunk
WiGBL.	Gesetzblatt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes
WissR	Wissenschaftsrecht (Zeitschrift)
Wp.	Wahlperiode
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis (Zeitschrift)
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919 (Weimarer Reichsverfassung)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfP	Zeitschrift für Politik
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGB	Schweizer Zivilgesetzbuch
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZöR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZRG Kan. Abt.	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, kanonistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
z.T.	zum Teil
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
ZV	Nachrichten und Meinungen zur Medienpolitik (Zeitschrift)
z.Z.	zur Zeit

Druckfehlerberichtigung des Bandes Christian Starck, „Der demokratische Verfassungsstaat“, Tübingen 1995:

S. 41, Anm. 48, Zeile 2, richtig:	<i>Burdeau</i>
S. 47, Anm. 73, Zeile 2, richtig:	<i>proposée</i>
S. 81, Anm. 148, Zeile 1, richtig:	§ 132 Abs. 4 GVG sowie § 45 Abs. 4 ArbGG
S. 214 unter D, 4. Zeile:	statt sozialistische muß es heißen sozialstaatliche
S. 215, Anm. 40, richtig:	Portugal Art. 53 ff.

Einführung

I.

Dem Recht, den einzelnen Normen ebenso wie der Rechtsordnung als ganzer, liegen Wertungen zugrunde. Man denkt dabei zunächst an die politischen Wertungen, die der Gesetzgeber trifft oder denen er folgt und um die es manchmal deutlich erkennbar bei den Parlamentswahlen geht. Unser Recht ist aber auch von Wertungen bestimmt, die historisch tief in unserer Kultur verankert und in überkommenen Institutionen verfestigt sind (Erster Teil, 1. Kapitel). Insoweit ist das Recht ein Kulturphänomen ersten Ranges. Es ist Kulturträger; wegen der stabilisierenden Kraft seiner Institutionen fördert, ja schafft und prägt es auch selbst die Kultur.

Kultur ist ein Erzeugnis des Menschen, das in der Folge der Generationen entwickelt wird. Die Kultur wird im wesentlichen von dem Bild bestimmt, das der Mensch von sich selber hat. Das Menschenbild der europäischen Kultur ist wesentlich bestimmt durch das Christentum mit seinen antiken und jüdischen Wurzeln. Das hat auch die Aufklärung nicht geändert, die man nur aus der Kontinuität der europäischen Geschichte verstehen kann. Denn keine andere der großen Zivilisationen der Welt hat eine so nachhaltige Aufklärung hervorgebracht (Erster Teil, 2. Kapitel). Die Nachhaltigkeit beruht darauf, daß entgegen manchem äußeren Anschein mit der Aufklärung keine Gegenkultur errichtet, sondern an früh- und voraufklärerische Phänomene angeknüpft worden ist, wie z.B. an die Unterscheidung von Temporalia und Spiritualia, an die Zweiteilung des Rechts im *Ius utrumque* (Erster Teil, 3. Kapitel) oder an Vorformen der Menschenrechte in der spanischen Spätscholastik. Schaut man in den tiefen Brunnen der Vergangenheit,¹ erkennt man Quellen unserer Rechtskultur in der Vorstellung des Menschen als Ebenbild Gottes, in der Erbsündenlehre, in der christlichen Caritas und in Vorformen der Trennung von Kirche und politischer Herrschaft (Erster Teil, 2. Kapitel).

Unsere rechtlichen Institutionen sind davon geprägt, sie leiten die Gesetzgebung und stabilisieren die Gesellschaft. Der Gesetzgeber muß die Institutionen berücksichtigen, wenn die Gesetze anerkannt und beachtet werden sollen. Gleichwohl ist den Institutionen eine gewisse Flexibilität eigen, die zu-

¹ *Thomas Mann*, *Joseph und seine Brüder*, Beginn des Romans.

meist schon in ihrer sprachlichen Fassung zum Ausdruck kommt. Flexibilität von Institutionen ist geradezu Voraussetzung für ihre Stabilität. Denn Stabilität verlangt ein ausgewogenes Verhältnis von Rigidität und Flexibilität (Erster Teil, 4. Kapitel).

Die Rechtsordnung zeigt z.B. Flexibilität angesichts der technischen und medizinischen Möglichkeiten, die die naturwissenschaftliche Forschung hervorgebracht hat. So hat z.B. die künstliche Befruchtung beim Menschen Änderungen und Ergänzungen des Familienrechts erforderlich gemacht. Im Gefolge der künstlichen Befruchtung, die körperliche Fehlfunktionen kompensieren soll, wird zur Zeit die Flexibilität des Zeitpunktes ausgetestet, ab wann man von einem menschlichen Wesen sprechen kann. Die biomedizinische Forschung hat Interesse an der Festlegung eines möglichst späten Zeitpunktes für den Beginn menschlichen Lebens. Von der verbrauchenden Forschung mit Embryonen erwartet sie neue Erkenntnisse, die Heilung von Krankheiten und die Verlängerung des Lebens ermöglichen sollen. Die Vernutzung menschlichen Lebens zugunsten anderer würde es verdinglichen und mit der Menschenwürdegarantie in Konflikt geraten. Damit würde eine schiefe Bahn betreten, die die Stabilität der Gesellschaft auf Dauer beeinträchtigte, wenn man an die möglichen Weiterungen denkt (Erster Teil, 5. und 6. Kapitel).

II.

Freiheit und Organisation sind auf den ersten Blick Gegensätze. Denn jede Organisation schafft Zuständigkeiten und Verfahren und beschränkt damit Spontaneität und Freiheit. Das Zusammenleben der Menschen verlangt aber gerade um der Freiheit willen Organisation, um nämlich die Gemeinverträglichkeit menschlicher Handlungen und die Chancengleichheit sicherzustellen (Zweiter Teil, 6. Kapitel). Organisationsrecht ist aber auch notwendig, um gemeinsames zielbestimmtes Handeln der Menschen in Vereinen und Handelsgesellschaften zu ermöglichen. Diese Organisationsmaßnahmen setzen staatliche Herrschaft voraus, die um der Freiheit willen selbst freiheitsfreundlich organisiert werden muß. Dies geschieht durch Gewaltenteilung, insbesondere durch die Einrichtung unabhängiger Gerichte sowie durch die Verlagerung von öffentlicher Gewalt auf Selbstverwaltungsinstitutionen (Zweiter Teil, 1. Kapitel). Organisationsrecht wird unmittelbar zur Verwirklichung grundrechtlich gewährleisteter Freiheit im Hochschulrecht, im Medienrecht, im kollektiven Arbeitsrecht und im Schulrecht eingesetzt, und ausnahmsweise kann die grundrechtliche Freiheit Organisation in Form staatlicher Finanzzuweisung erforderlich machen (Zweiter Teil, 2. Kapitel). Gesetzliche Reformen auf dem Gebiete der freien Berufe, die früher erlaubte und ausgeübte Tätigkeiten für die Zukunft verbieten, müssen um des selbst geschaffenen materiellen Substrats der Freiheit willen Übergangsregelungen oder Ausgleich schaffen (Zweiter Teil, 3. Kapitel).

Die Institution der kommunalen Selbstverwaltung und die Übertragung von Verwaltungsaufgaben des Staates auf Berufskammern fördern zwar die demokratische Freiheitsidee der Teilnahme, verlangen aber den Schutz der grundrechtlichen Freiheit durch den Staat vor der Selbstverwaltung. Die dafür notwendige Aufgabenbeschränkung der Selbstverwaltung folgt aus der gesetzlichen Aufgabenübertragung und aus der Verfassung (Zweiter Teil, 4. und 5. Kapitel).

III.

Staatliche Institutionen stellen einen Ausschnitt aus den rechtlichen Institutionen dar. Die Funktion staatlicher Institutionen ist vor allem an den Staatszielen² und an den Staatsgrundnormen (Art. 1, 20 GG) orientiert. Freie Wahlen stellen die wichtigste Ausprägung des Demokratieprinzips dar; sie müssen durch ein geeignetes Wahlsystem die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments und die Stabilität der Regierung sichern (Dritter Teil, 1. Kapitel). Das Verwaltungsverfahren, in dem der Staat dem Bürger gegenübertritt, wenn er das materielle Verwaltungsrecht anwendet, ist vor allem an rechtsstaatliche Grundsätze und die Grundrechte als materielle Elemente des Rechtsstaates gebunden. Besonders in Großverfahren, denen komplizierte Sachverhalte zugrunde liegen, ist der Staat auf die Teilnahme des Bürgers angewiesen, um den Sachverhalt richtig ermitteln zu können und um gute Entscheidungen zu erlassen. Die rechtsstaatlichen Grundsätze verlangen, daß das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsentscheidung gesetzlich vorausbestimmt werden (Gesetzesvorbehalt). Soweit der Behörde Ermessen eingeräumt wird, trifft sie in dessen Rahmen Letztentscheidungen (Dritter Teil, 2. Kapitel).

Die Verfassungsgerichtsbarkeit mit ihrer Kompetenz der Normenkontrolle schützt den Vorrang der Verfassung auch gegenüber der parlamentarischen Gesetzgebung. Diese Neuerung, die das Grundgesetz 1949 eingeführt hat, ist Ausdruck der modernen Verfassungsstaatlichkeit, die bei aller heute zu beobachtenden Dynamisierung des Rechts dessen Stabilität und Rationalität sichert und damit gegenüber der Mehrheit des Tages den nationalen Grundkonsens festigt. Die Einrichtung der verfassungsgerichtlichen Normenkontrolle verlangt die Einsicht in den Rahmencharakter der Verfassung, damit auf Dauer dem Gesetzgeber die notwendige politische Gestaltungsmacht verbleibt (Dritter Teil, 3. Kapitel). Wo die Verfassungsgerichtsbarkeit Entscheidungen der Fachgerichte kontrolliert wie in Deutschland, führt dies automatisch zu einer Überlastung des Verfassungsgerichts. Angesichts der Vielfalt seiner Zuständigkeiten kann das Verfassungsgericht seine Funktion nur wahrnehmen, wenn es sich auf reine Verfassungskontrolle beschränkt, d.h. verschiedene Auslegung des einfachen Rechts durch die Gerichte duldet und nur eingreift, wenn die

² Christian Starck, *Der demokratische Verfassungsstaat*, 1995, S. 231, 232 ff.

im konkreten Fall angewandte Auslegung den Rahmen der Verfassung sprengt (Dritter Teil, 4. Kapitel). Sowohl bei der Normenkontrolle als auch bei Entscheidungen über Urteilsverfassungsbeschwerden können Fehlfunktionen diese an sich freiheitsschützenden Institutionen verderben.

Rechtsbegriffe wie der Polizeibegriff und der Steuerbegriff, die eine bis ins 19. Jahrhundert zurückgehende eigene Begriffsgeschichte haben, sind staatliche Institutionen, die Zuständigkeiten und rechtliche Gehalte bestimmen. Sie erfüllen wichtige rechtsstaatliche Funktionen, obwohl sie im eigentlichen Sinne keine Verfassungsbegriffe sind, also nicht am Vorrang der Verfassung teilhaben (Dritter Teil, 5. Kapitel).

Die staatliche Verantwortung für die Schule nach dem Grundgesetz ist Schulhoheit des freiheitlichen Staates. Die staatliche Schule ist neben den Eltern eine unverzichtbare Erziehungs- und Bildungsinstitution, und zwar auch für die Erhaltung des freiheitlichen Staates, der auf verantwortlich handelnde Bürger angewiesen ist. Soweit von der Privatschulfreiheit Gebrauch gemacht wird, hat der Staat nicht nur das Bildungsniveau, sondern auch die staatsbürgerliche Erziehung zu gewährleisten (Dritter Teil, 6. Kapitel).

IV.

Die freie Meinungsäußerung ist unmittelbarer Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit. Das Grundrecht, das die freie Meinungsäußerung schützt, ist im Sinne der Tradition der Aufklärung „schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist“ (Bundesverfassungsgericht). Diese Formulierung ist auch auf die Presse-, Rundfunk- und Filmfreiheit sowie auf die Informationsfreiheit übertragen worden. Der Demokratiebezug der Pressefreiheit ergibt sich daraus, daß in einer freien, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkten, keiner Zensur unterworfenen Presse ein Wesenselement des freiheitlichen Staates zu sehen ist und eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die Demokratie unentbehrlich ist. Diese Aussagen, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts entlehnt sind, sind ein Gemisch aus verfassungsrechtlichen Normen, Tatsachenbeschreibungen und rechtsethischen Forderungen. Diese drei Momente müssen auseinandergehalten werden, um die genannten Freiheitsrechte nicht demokratiestaatlich zu funktionalisieren und damit ihres liberalen Kerns zu berauben.

Ebenso wie die Meinungsfreiheit gehört auch die Wissenschaftsfreiheit zu den unverzichtbaren Institutionen eines freiheitlichen Staates. Außer organisatorischen Problemen, besonders der Wissenschaftsfreiheit in staatlichen Institutionen wie den Universitäten, muß der Staat die Schranken dieser Grundrechte regeln. Hierfür enthält Art. 5 Abs. 2 GG nur Vorgaben für die Meinungs-, Presse, Rundfunk- und Filmfreiheit, die gewisse interpretatorische Schwierigkeiten bereiten. Die Schranken der Wissenschaftsfreiheit sind im

Grundgesetz nicht ausdrücklich benannt und müssen daher aus dem verfassungsrechtlichen Kontext hergeleitet werden (Vierter Teil, 1. und 2. Kapitel). Die Informationsfreiheit ist in vieler Hinsicht Grundlage für die Meinungsfreiheit, aber auch für Freiheit der Presse, die wiederum Informationsquelle ist. Deshalb stellt die Beschränkung der Informationsfreiheit ein sehr sensibles Problem für eine freiheitliche Kommunikationsordnung dar, das hier am Beispiel der Nachrichtensperre bei terroristischer Bedrohung behandelt wird (Vierter Teil, 3. Kapitel).

Der Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) war lange Zeit bestimmt durch die Knappheit der Frequenzen, was besondere organisatorische Maßnahmen des Staates herausforderte, Pluralität zu sichern (Zweiter Teil, 2. Kapitel). Die technische Entwicklung der Übertragungsmöglichkeiten (vor allem Satellit und Kabel) haben die tatsächliche Situation geändert, so daß eine Neuordnung des Rundfunks nötig wurde, zu der die Freiheit des Rundfunkunternehmers gehört (Vierter Teil, 4. Kapitel). Die Grund- und Individualrechte wurden Mittel institutionellen Wandels in der Telekommunikation (Vierter Teil 5. Kapitel). Mit der Zulassung privater Rundfunkveranstalter als grundrechtliche Normallage war der Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten neu zu bemessen. Ihnen wurde die „Grundversorgung“ der Bevölkerung übertragen (Vierter Teil, 6. Kapitel). Aus der Abfolge des 4., 5. und 6. Kapitels des Vierten Teils im Zusammenhang mit dem 2. Kapitel des Zweiten Teils (unter B I) wird deutlich, welch gewaltigen Interpretationsaufwand das Bundesverfassungsgericht während der letzten 40 Jahre im Hinblick auf die Klausel „... die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet“ (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) getrieben hat. Die verfassungsgerichtliche Rechtsprechung zur Rundfunkfreiheit stellt heute im Gewande des Richterrechts Bundesrahmenrecht für die Landesgesetzgeber dar, das sich von Urteil zu Urteil ändert.

V.

Die je sechs Kapitel der vier Teile sind aus verschiedenen Anlässen, zumeist dem augenblicklichen Interesse und der Aktualität verpflichtet, entstanden. Die Arbeiten erscheinen mir noch heute gültig, weil sie das Thema Freiheit und Institutionen aus einer einheitlichen rechtsphilosophischen Perspektive behandeln. Die freundliche Aufnahme meines Bandes „Der demokratische Verfassungsstaat“ (1995) hat mich ermutigt, mit dem vorliegenden Band „Freiheit und Institutionen“ eine weitere Aufsatzsammlung vorzulegen.

Die Kapitel entsprechen inhaltlich unverändert den früheren Veröffentlichungen. Das 6. Kapitel des Ersten Teils ist jedoch auf der Basis zweier Zeitungsartikel neu geschrieben worden. Die Anmerkungen sind in der Regel auf dem Stand der früheren Veröffentlichungen gelassen und nur in ihrer äußeren Form vereinheitlicht worden. Die Zitate meiner in „Praxis der Verfassungsaus-

legung“, Baden-Baden 1994, und in „Der demokratische Verfassungsstaat“, Tübingen 1995, aufgenommenen früheren Arbeiten sind auch auf diese Ausgaben bezogen nachgewiesen worden. Soweit die 3. Auflage des Grundgesetzkommentars *v. Mangoldt/Klein/Starck* (1985) zitiert worden ist, ist die jeweilige Fundstelle in der 4. Auflage (1999) hinzugefügt worden.

Erster Teil

Menschenbild und rechtliche Institutionen

1. Kapitel

Zur Notwendigkeit einer Wertbegründung des Rechts¹

A. Über die Unvermeidbarkeit von Werten im Recht

I. Fragestellung

Die Frage nach der Notwendigkeit einer Wertbegründung des Rechts hebt auf Grundlagen ab, die dem Recht vorausliegen. Der Ausdruck „Wertbegründung“ bezeichnet die Werte als Grund, auf dem das Recht ruht. Ihrer Struktur nach sind Werte Vorstellungen, Ideen, Gesichtspunkte, die der Mensch benutzt, um sich in der Welt zu orientieren und um Welterfahrung machen zu können, wobei zunächst dahinstehen kann, ob es objektive Werte gibt, die erkannt werden können, oder ob es sich immer nur um subjektive Wertvorstellungen handelt, die als solche intersubjektiv anerkannt sein und epochenübergreifend gelten können. Inhaltlich sind Werte Aussagen (Prädikate), durch die etwas Materielles oder etwas Geistiges als gut oder wertvoll – evtl. in gestufter Relation zu anderem – beurteilt oder eingeschätzt wird², wobei der ökonomische Wert einer Sache oder einer Leistung nur ein Beispiel für solches Einschätzen ist.

Nicht erst die Festlegung der Rechtsfolgen, sondern schon die notwendige begriffliche Formulierung der Wirklichkeit im rechtlichen Tatbestand verlangt eine Wertung des Normgebers, die u.a. bestimmt ist von den leitenden Ideen, unter denen die Wirklichkeit betrachtet wird³, und durch die Wertvorstellungen, die die rechtsetzende Instanz verwirklichen will. Die Wertungen beziehen sich sowohl auf den Zweck, den das Recht erreichen soll, als auch auf die dafür eingesetzten Mittel. Insoweit ist alles Recht auf

¹ Aus: Faller/Kirchhof/Träger (Hrsg.), Verantwortlichkeit und Freiheit. Festschrift für Willi Geiger zum 80. Geburtstag, Tübingen 1989, S. 40–60.

² Vgl. Victor Kraft, Die Grundlagen einer wissenschaftlichen Wertlehre, 2. Aufl. 1951, S. 10 f.; Heinrich Henkel, Einführung in die Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1977, S. 326 ff.; ähnlich Adalbert Podlech, Wertungen und Werte im Recht, in: AöR 95 (1970), S. 185, 195: Wertungen als Vorzugsregeln.

³ Christian Starck, Die Bindung des Richters an Gesetz und Verfassung, VVDStRL 34 (1976), S. 60 = Christian Starck, Der demokratische Verfassungsstaat, 1995, S. 71 f.

Werten begründet⁴. Deshalb können rechtliche Normen auch an Werten gemessen werden.

Mit dem Thema ist das allgemeine Problem der Erkenntnis der philosophischen Grundlagen des Rechts angeschnitten. Die zutreffende Beobachtung, daß der Wertbegriff den Naturbegriff des Naturrechts ersetze, weil die von den Naturwissenschaften unter kausalen Gesichtspunkten begriffene Natur ihr Telos und ihren metaphysischen Bezug verloren habe⁵, bestätigt, daß es bei der Wertfrage um die Grundlagen des Rechts geht. Um terminologischen Verengungen zu entgehen und um mir nicht selbst Fallen zu stellen, betrachte ich mich durch das Thema nicht auf die wertphilosophische Terminologie festgelegt, sondern verstehe das Thema als Frage nach den philosophischen Grundlagen des Rechts.

Ein Regreß innerhalb des positiven Rechts führt auf die Verfassung, die nach der Staatsrechtslehre vieler Staaten die höchste positiv-rechtliche Rechtsquelle ist, über der die durch das positive Verfassungsrecht nicht mehr erfaßbare verfassungsgebende Gewalt steht. Die Frage nach den Grenzen der verfassungsgebenden Gewalt und die damit korrespondierende Frage nach den Grundlagen des positiven Rechts sind juristische bzw. rechtswissenschaftliche Fragestellungen, weil sich die Rechtswissenschaft nicht in der Behandlung des positiven Rechtsstoffes erschöpft, sondern sich auch auf die Grundlagen des Rechts erstreckt. Das ist zwangsläufig so. Denn beschränkte man die Rechtswissenschaft auf das positive Recht, so würde man damit unterschwellig eine Aussage über das positive Recht in dem Sinne treffen, daß es stets aus sich heraus verstanden, ausgelegt und angewendet werden kann, daß mithin Grundlagenfragen rechtswissenschaftlich unergiebig und unnötig sind. Diese Annahme erscheint nicht gerechtfertigt.

II. Die Wertkritik

Die Wertbegründung des Rechts in ihrer wertphilosophischen Gestalt⁶ ist in doppelter Weise der Kritik unterworfen worden: unter philosophischen Gesichtspunkten, da die verschiedenen Wertlehren das Recht letzten Endes subjektiver Beliebigkeit unterwürfen⁷, und unter methodologischen Gesichts-

⁴ Günther Winkler, Wertbetrachtung im Recht und ihre Grenzen, 1969, S. 42; Henri Bataillon, Problèmes de base de philosophie de droit, Paris 1979, S. 130; Bernd Rüthers, Rechtsordnung und Wertordnung, 1986, S. 19, 26.

⁵ Robert Spaemann, Zur Kritik der politischen Utopie, 1977, S. 184 ff.; Gerhard Luf, Zur Problematik des Wertbegriffes in der Rechtsphilosophie, in: FS für Verdross, 1980, S. 127, 129 ff.; Rupert Hofmann, Die Zumutungen des Grundgesetzes, ZfP 27 (1980), S. 129, 147; Ernst-Wolfgang Böckenförde, Kritik der Wertbegründung des Rechts, in: FS für Spaemann, 1987, S. 3 f.

⁶ Vgl. die Darstellung von Böckenförde (Anm. 5), S. 1 ff.

⁷ Podlech (Anm. 2), S. 185, 205 f.

Register*

- Abgaben
 - nicht-steuerliche 368
 - s. auch Beiträge, Gebühren, Steuerbegriff, Umlagen
- Abgabenordnung 359 ff.
- Absolutismus, aufgeklärter 379
- Affengesetz von Tennessee 437 f.
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 135
- Accursius 63
- Aequitas, s. Billigkeit
- Ärzttekammer 123, 131
- Aktienrecht 162
- Allgemeine Gesetze 419 ff.
 - allgemeine Strafgesetze 430 f., 436, 442
 - förmliche Gesetze 426
 - gemeinrechtlich 430
 - Güterabwägungslehre 436 ff.
 - Grundgesetzentstehung 439 ff.
 - materiale Allgemeinheit 424, 432, 436, 438
 - Paulskirche 432 f.
 - personelle Allgemeinheit 422, 431 f., 436
 - auf Pressefreiheit beschränkt 426
 - und Presseorganisation 172 f.
 - Preußische Verfassung 427 ff.
 - und Rechtsstaatsprinzip 304
 - Reichspreßgesetz 433 f.
 - und Religionsfreiheit 70 f.
 - und Rundfunkfreiheit 442, 468
 - sachliche Allgemeinheit 424, 432, 436
 - und Satzungsautonomie 246
 - Sonderrechtslehre 414, 436 ff.
 - Vormärz 420 ff.
 - Wechselwirkungslehre 339, 341, 414
 - Weimarer Reichsverfassung 70 f., 434 ff.
- s. auch Häntzschel, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit, Smend
- Allgemeine Handlungsfreiheit,
 - s. freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht 96
- Altes Testament 87, 92, 311
- Amsterdamer Vertrag 281
- Analogie 258, 468 f.
- Anarchie 21
- Anschluß- und Benutzungszwang 251
- Anschütz, Gerhard 377, 383 f.
- Anstalten, öffentlich-rechtliche
 - Autonomie 237
 - Grundrechtsbindung 409 f.
 - s. auch Rundfunkanstalten, öffentlich-rechtliche
- Anthropologische Grundgegebenheiten 19 ff.
- Apotheker
 - Apothekerkammern 220 ff.
 - Apothekervereine 220 ff., 226
 - Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker (ABDA) 220 f., 226 ff.
 - Bundesapothekerkammer 221, 226
 - Deutscher Apothekerverein 221
 - Fortbildung 222, 227
 - VerlagsGmbH 221 ff., 226 ff.
 - Werbe- und VertriebsGmbH 221 ff., 226 ff., 230
 - s. auch Heilberufsgesetz, Kammern der Heilberufe
- Aquin, Thomas v. 15, 38
- Arbeitgeber, s. Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie
- Arbeitsbedingungen 275

* Zusammengestellt von Dr. Thorsten Ingo Schmidt.

- Arbeitsrecht
 - Begründung des Arbeitsverhältnisses 274
 - Betriebsgemeinschaft 273
 - Betriebsordnung 274
 - Entlohnung 276
 - Frauenquote 272 ff.
 - Fürsorgepflicht 273
 - und Kirche(n) 71
 - kollektives 85
 - Kündigung 275 f.
 - Leichtlohngruppen 276
 - Lohngleichheit 276
 - tatsächliche Frauengleichstellung 275
 - Vertragsfreiheit des Arbeitgebers 272
 - s. auch Gleichberechtigung von Mann und Frau, Tarifautonomie
- Aristoteles 15, 154
- Artes liberales 61
- Arzt
 - Berufsrecht 125
 - Dokumentationspflicht 125
 - Doppelzulassung 218
 - einheitlicher Beruf 256
 - Niederlassungsverbot 217
 - Notfalldienst 257
 - Rolle bei künstlicher Befruchtung 107 f.
 - Werbung 256 f.
 - s. auch freie Berufe, Heilberufsgesetz, Kammern der Heilberufe
- Assistenten 180
- Asylrecht 344
- Audiatur et altera pars 314
- Aufklärung 40, 42
- Augsburger Religionsfrieden 64 f., 66 f.
- Augustinus 38
- Auskunftsanspruch, presserechtlicher
 - Anspruchsinhaber 454 f.
 - auch Sensationspresse 457
 - Auskunftsverweigerung 458 ff.
 - bloße Informationspflicht 456
 - durch Dokumentation 459
 - gerichtliche Durchsetzung 462 f.
 - gesetzliche Ausgestaltung 457 ff.
 - Presseerklärung 457
 - Pressekonferenz 457
 - schutzwürdige private Interessen 462
 - staatliche Informationspolitik 453
 - Vorauswahl der Informationen 453
 - Zumutbarkeit 462
 - s. auch Nachrichtensperre, Öffentlichkeit, Pressefreiheit
- Ausgleichende Gerechtigkeit 31, 273 f.
- Auslegung
 - Analogie 258, 468 f.
 - Auslegungscanones 84 f., 331
 - Gesetzeslücken 335
 - Grundrechtsauslegung 338
 - Heuristik 78
 - Präjudizien 331
 - Praktische Konkordanz 266 f., 392
 - Redaktionsversehen 435 f.
 - Sachzusammenhang 375
 - systematische 26 f., 85 f., 361
 - teleologische 361
 - Verfassungsauslegung 330 f., 360 f., 484, 501 ff.
 - verfassungskonforme 456
 - Wertterminologie 24 f.
 - s. auch Richter
- Außenpolitik
 - Nachrichtensperre 461 f.
- Autonomie, s. Satzungsautonomie
- Baden
 - Simultanschule 383
- Bayern
 - Hand- und Spanndienste 248
 - Rundfunk 469
- Beamte
 - Besoldung 188
 - Bestenauslese 279
 - hergebrachte Grundsätze 187
 - kein Streikrecht 187
 - Teilzeitbeamte 74
 - s. auch Gleichberechtigung von Mann und Frau, Koalitionsfreiheit, Personalvertretungsrecht, Sonderstatusverhältnis, Tarifautonomie
- Becker, Enno 362, 365
 - s. auch Abgabenordnung
- Becket, Thomas 64
- Befruchtung, künstliche 87 ff.
 - Anwendungsmodalitäten 90
 - extrakorporal 88, 105 ff., 131, 136
 - intrakorporal 98 ff.
 - Konnexität zu Embryoneneinpflanzung 138 f.
 - Präimplantationsdiagnostik 131, 138
 - Regelungsbedarf 123 ff.
- Beiträge 362
- Berg, Günther Heinrich v. 422 ff.
- Berufsausbildung 277
- Berufsfreiheit 205 ff.
 - Doktorgrad 261

- Dreistufentheorie 254
- Drittbetroffenheit 255 f.
- und Eigentumsbegriff 207 ff.
- Fortsetzungsbedingungen 218
- Gesetzesvorbehalt 252
- neue Berufspflichten 217
- Sozialbindung 216 ff.
- Substanzentzug 216 ff.
- vermögensrechtliche Position 211 ff.
- Zwangskörperschaften 223
- s. auch freie Berufe
- Berufsverbände, Satzungsautonomie 251 ff.
- Besonderes Gewaltverhältnis, s. Sonderstatusverhältnis
- Beurteilungsspielraum, s. Gesetzgeber, Vorbehalt des Gesetzes
- Bibel
 - Genesis 87
 - Gottesebenbildlichkeit des Menschen 92
 - Mensch als Individuum 311
 - s. auch Christentum
- Bildungsreform 387
- Billigkeit
 - *aequitas* 80
 - im Arbeitsrecht 273, 275
 - keine Billigkeitsjudikatur 350
- Bindungsklausel, s. Grundrechte
- Biomedizin, Übereinkommen des Europarats 135 f.
- Bodin, Jean 239
 - s. auch Souveränität
- Bologna 61
- Bürgerantrag, kommunaler 454, 456
- Bürgergruppen
 - und Wahlen 294 f.
 - s. auch Parteien
- Bürgerliches Recht, s. Privatrecht
- Bundesbank
 - Diskontsatz 260
 - öffentlich-rechtliche Anstalt 260
 - Währungsstabilität 259 f.
 - s. auch Satzungsautonomie
- Bundessozialgericht, Entscheidungen des
 - Kassenarztzulassung 210
- Bundesstaat(sprinzip)
 - Bundestreue 375
 - Finanzverteilung 86
 - unitarisierter Föderalismus 386 ff.
- Bundesverfassungsgericht, Entscheidungen des
 - Abtreibung 92, 133
 - Akteneinsicht in Patentsachen 336 f.
 - Asylrecht 344 f., 351 f.
 - Berufssoldatenpension 209 f.
 - Blinkfuer 350 f.
 - Bürgerschaftsrecht 346, 351
 - Feldmühle 162
 - Fernsehurteile 166, 470 f., 475, 479, 481 f., 490, 499 ff.
 - Gruppenuniversität 155 ff.
 - Haftentschädigung 209
 - Haftungsrecht 346
 - Hausgehilfinnen 185
 - Hessische Förderstufe 190, 392 ff.
 - Hochschulurteil 202
 - Lüth 336 f., 339 f.
 - Mietrecht 346
 - Mitbestimmung 485, 513
 - *numerus clausus* 200 ff.
 - Reblausbekämpfung 358
 - Schankerlaubnis 373
 - Schornsteinfeger 209
 - Soldaten sind Mörder 342 ff., 351
 - Soraya 351
 - Spiegel 172, 175
 - Steuerbevollmächtigte 215
 - Stichentscheid 189
 - Vergnügungsteuer 373 ff.
 - Werkfernverkehr 375
 - s. auch Verfassungsgerichtsbarkeit
- Bundeswehr
 - Frauen 271
 - Sanitätsdienst 271
- Caesaropapismus 32, 58
- Calixtus II. 60
- Christentum 29 ff.
 - Erbsündenlehre 37 ff.
 - Gottesebenbildlichkeit des Menschen 40 ff.
 - Grundwerte 50
 - Nächstenliebe 43 ff.
 - Sozialbewegung 44
 - s. auch Bibel; Mensch(en)
- Clarendon, Konstitution von 64
- Clemens V. 63
- Cluny, Cluniazensische Reform 32, 59
- Comte, Auguste 423
 - s. auch Positivismus
- Consilium Conferentiarum Episcopali-
um Europae 49
- Corpus iuris canonici 54, 61
- Corpus iuris civilis 54
- Cues, Nikolaus v. 12

Cuius regio, eius religio 64 f., 66 f.
Cura religionis 67

Dänemark 35

Daseinsvorsorge 151

Decretum Gratiani 54, 61

Demokratie(prinzip) 40

– Grundrechtsauslegung 451 f.

– Informationspflicht 455

– Verwaltungsverfahren 300

Dentist 206, 218

– Zahnheilkundengesetz 217 f.

– s. auch freie Berufe, Zahnarzt

Deutsche Bischofskonferenz 49

Deutsche Bundesbank, s. Bundesbank,
Satzungsautonomie

Deutsche Forschungsgemeinschaft 156

Deutsche Gesellschaft für Humanes

Sterben 352

Deutscher Bildungsrat 387

Deutscher Bund

– Bundesakte 423

– Bundeszensurgesetz 426

– s. auch Paulskirche

Deutsches Reich

– Demokratie 14

– Reichspreßgesetz 433 f., 436, 451

– Sozialistengesetz 433 f., 437 f.

– Wahlrecht 289, 295 f.

– s. auch Nationalsozialismus

Dicey, A.V. 301, 312

Dictatus Papae (1075) 32 f., 59

Differenzierungsgebote, s. Gleichberechtigung von Mann und Frau

Diskontsatz, s. Bundesbank

Diskriminierungserlaubnisse, s. Gleichberechtigung von Mann und Frau

Disziplinarrecht, s. nulla poena sine lege

DNS 121

Doktorgrad 261

– Doctor iuris utriusque 71

– s. auch Universitäten

Dreistufentheorie, s. Berufsfreiheit

Drittwirkung der Grundrechte 274, 337,
339, 410

Ecclesia vivit lege romana 58

Ehe und Familie 104

– Eheleitbilder 270

– Elternverantwortung 97

– Gleichberechtigung von Mann und Frau 269 ff.

– Hausfrauenehe 270

– kein Verbot der künstlichen Samenübertragung 104

– Kindeswohl 97

– staatliche Schutzpflicht 91, 189

– staatliches Wächteramt 97, 189

– Vormundschaftsgericht 189

– s. auch Gleichberechtigung von Mann und Frau

Ehrenschutz, s. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit

Ehrenstrafrecht, s. nulla poena sine lege

Eigenkirche 58

Eigentum

– Anwartschaftsrecht 213

– Aufopferungsanspruch 213 f.

– Aufopferungsenteignung 218 f.

– und Berufsfreiheit 207 ff.

– eigene Leistung 208 f.

– Entschädigung 212

– Ergänzung der Freiheitsrechte 211

– Grundwasser 74

– Inhalts- und Schrankenbestimmung 216

– naturrechtlicher Schutz 208

– Sozialpflichtigkeit 212

– Verhältnismäßigkeitsprinzip 216

– und Zentralbankbefugnisse 259

– s. auch freie Berufe

Eingriff in Freiheit und Eigentum,

s. Vorbehalt des Gesetzes

Einrichtungsgarantie, s. institutionelle Garantie

Einzelfallgerechtigkeit, s. Gerechtigkeit

Eispende 90, 112 ff.

– Eizellenentnahme 106

– kein Anfechtungsrecht 113

– s. auch Embryonen, Samenübertragung

Elternrecht 189 ff.

– Elternverantwortung 97, 189

– Gleichberechtigung 189

– keine repräsentative Ausübung 192, 393 ff.

– und Kindeswohl 192

– und Privatschulfreiheit 193, 399 ff.

– schulische Mitbestimmung 392 ff.

– staatliche Schulhoheit 190 ff.

– Subsidiarität staatlichen Kindesschutzes 189 f.

– Wahlrecht 192

– s. auch Erziehung, Schule

Embryonen

– Auswahl 109 f.

– Beseelung 94

- Einelterneembryo 91, 120, 417
- Embryonenschutzgesetz 132, 134, 136
- extrakorporale Zeugung 108 ff.
- Forschung an 110, 136 ff., 416
- identische 89
- Individuation 93
- Klonen 89 ff., 131 f.
- Manipulation an 89, 119 ff., 417
- Mehrelterneembryo 91, 120
- als Mittel 110, 119
- moralischer Status 133 ff.
- Nidation 93
- ohne Entwicklungsmöglichkeit 110 f.
- Schädigung im Mutterleib 116
- Schutz 131
- Spende 112 ff.
- Telos 132, 417
- in Tierleibern 109
- überzählige 108 ff., 417
- verbrauchende Forschung 108, 119, 131 f., 137 f.
- Vorratshaltung 109
- s. auch Befruchtung, künstliche, Eispende, Menschenwürde, Samenübertragung, Wissenschaftsfreiheit
- England
 - Generalsynode 64, 68
 - Glorious Revolution 64
 - Nationalkirche 64
 - Staat und Kirche 31
 - s. auch Großbritannien
- Entschädigung, s. Eigentum
- Erbkrankheiten 131
 - s. auch Gentherapie
- Erbsündenlehre 37 ff., 41, 46
- Ermessen 79, 299, 307 ff.
 - Anwendung durch Richter 348
 - Auskunftsverweigerung 458
 - Frankreich 309 f.
 - Grenzen 80, 307
 - Großbritannien 308 f.
 - Zweck 307
 - s. auch Vorbehalt des Gesetzes, Zweckmäßigkeit
- Ersatzmutter 88 f., 95 f., 115 ff.
 - Verbot 119
- Ersatzschulen 193 ff.
 - s. auch Privatschulen
- Erziehung
 - Erziehungsziele 376 f., 381, 385, 389 ff., 401
 - Pluralismus von Erziehungsträgern 376
 - s. auch Lehrer, Privatschulen, Schule
- Eugenik 138
 - s. auch Menschenwürde
- Europäische Bischofskonferenz 49
- Europäische Menschenrechtskonvention 47, 326, 487
- Europäische Sozialcharta 195
- Europäische Union 30, 46 ff.
 - Amsterdamer Vertrag 281
 - Finanzausgleich 51
 - Gemeinschaftsrecht 487
 - Grundfreiheiten 488
 - kein gesellschaftliches Substrat 49
 - Kirchen in der 49 ff.
 - Maastrichter Vertrag 487
 - nationale Identität der Mitgliedstaaten 47
 - Schutz der Kirchen 48
 - Solidarität der Mitgliedstaaten 47
 - Sprachen 29
 - Subsidiaritätsprinzip 48
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft 30
 - Gleichbehandlungsrichtlinie 267 f.
- Europäische Zentralbank, s. Bundesbank, Satzung(sautonomie)
- Europäischer Gerichtshof, Entscheidungen
 - Badeck 278 ff.
 - Fernsehmonopol 488
 - Kalanke 267, 278
 - Marschall 278
 - Nachtarbeitsverbot 275
 - Schwangerenschutz 275
- Europarat 135 f.
- Evangelische Kirche in Deutschland 49
- Ewigkeitsklausel des Art. 79 III GG 91 f.
- Existenzminimum 199 f.
 - s. auch Sozialstaat
- Fachgerichte
 - und Urteilsverfassungsbeschwerde 334 ff.
 - und Verfassungsgerichtsbarkeit 333 ff.
- Fakultäten 182, 241
- Familienrecht 162
 - s. auch Privatrecht
- Federal Papers, The Federalist 39 f., 287
 - s. auch Hamilton, Madison
- Fernsehen, s. Rundfunkfreiheit
- Feuerbach, Paul Johann Anselm v. 421
 - s. auch nulla poena sine lege
- Film, s. Rundfunkfreiheit
- Finanzausgleich 367

- Finanzausstattung
 - aufgabengerecht 151
 - Globalhaushalt 155
 - Kommunen 151
 - Lehrstühle 156
 - Universitäten 153 ff.
- Finanzkompetenz
 - und Grundrechte 196
- Finanzverteilung
 - im Bundesstaat 86
 - inneruniversitär 153 ff.
- Finnland 35
- Föderalismus, s. Bundesstaat(sprinzip)
- Forschungsfreiheit, s. Wissenschaftsfreiheit
- Fortpflanzungsmedizin 131
- Fränkische Kaiser 58
- Frankreich
 - allgemeine Rechtsprinzipien 302, 312, 315 f.
 - Anfechtungsklage 309, 312 f.
 - Anhörung 315 f.
 - Beurteilungsfehler 310
 - bloc de légalité 309
 - Conseil constitutionnel 302 f., 306, 312, 327 f., 490
 - Conseil d'Etat 302, 309 f., 312, 489 f.
 - Demokratieprinzip 303
 - Ermessen 309 f.
 - Etat de droit 303
 - Formfehler 317
 - Gallikanismus 63
 - kein subjektives öffentliches Recht 312, 489 f.
 - Laizismus 36
 - Menschenrechtserklärung von 1789 303, 405
 - Nationalkirche 63
 - principe de légalité 305
 - Rechtsirrtum 309, 316
 - Schulwesen 385
 - Staat und Kirche 31, 385
 - Verfahrensfehler 316
 - Verfassung von 1946 303
 - Verhältnismäßigkeitsprinzip 309 f.
 - Verordnung 306 f.
 - Versammlungsfreiheit 327
 - Verwaltungsakt 316
 - verwaltungsgerichtliches Verfahren 316
 - Verwaltungsverfahren 302 f., 315 f.
 - Vorrang der Verfassung 327 f.
- Frau
 - Frauenbeauftragte 273
 - Halbtagsarbeit 273
- Sterilität 106 f.
- typische Berufe 277 f.
- Wiedereingliederung 273
- s. auch Gleichberechtigung von Mann und Frau, Mutter
- Freie Berufe
 - und Eigentumsschutz 205 ff.
 - Gleichstellung mit Gewerbe 215
 - Satzungsautonomie 222 ff., 251 ff.
 - Selbstverwaltung 148, 151 f., 222 ff., 251 ff.
 - Sozialbindung 212
 - subjektive Zulassungsvoraussetzungen 206 f., 212
 - Vermögenswert 213 f.
 - s. auch Eigentum
- Freie Entfaltung der Persönlichkeit 95 f.
 - Kinderwunsch 117
 - Rechte anderer 96
 - Schutz des Ergebnisses 210
 - Sittengesetz 96, 118
 - verfassungsmäßige Ordnung 96
 - weite Auslegung 250 f.
 - und Zentralbankbefugnisse 259
 - Zwangskörperschaft 223
- Freie Künste 61
- Freiheit
 - durch Ausgrenzung 145
 - Gemeinverträglichkeit 147, 160, 490 ff.
 - Gewährleistung 484 f.
 - als Grundwert 19 f.
 - kein positiver Freiheitsbegriff 407
 - materielle Voraussetzungen 144, 158
 - metaphysisch 41
 - und Organisation 2, 143 ff., 158 ff.
 - Säkularisation 41
 - Schranken 143 f.
 - Selbstbestimmung 143
 - nicht staatlich erzwingbar 161
 - durch Teilnahme 145
 - s. auch Grundrechte, Mensch(en), Menschenwürde, Staatszwecke, Verantwortung
- Friedensordnung 12, 16
- Friedrich II. v. Hohenstaufen 38 f.
- Gameten, s. Keimzellen
- Gebühren 362
- Gegenreformation 379
- Geiger, Theodor 13
- Geistesranke, s. Menschenwürde
- Geistliche Angelegenheiten 50, 60
- Geldstrafen 362

- Gemeinde, s. Kommune, Selbstverwaltung, kommunale
- Generalklausel 348 f.
- Generalsynode 64, 68
- Gentechnologie 89 ff., 121 ff.
- s. auch Embryonen
- Gentherapie 111, 121, 125, 417
- s. auch Erbkrankheiten
- Gerechtigkeit
- im Arbeitsrecht 273 f.
 - Einzelfallgerechtigkeit 353
 - iustitia commutativa 31, 273 f.
 - iustitia distributiva 31, 273 f.
 - natural justice 314 f.
 - Verfahrensgerechtigkeit 317
 - s. auch Billigkeit
- Gerichtsverfahren 80
- Germanische Volkskönige 58
- Geschäftsordnungen 237 f.
- Gesellschaftliche Macht
- Bändigung 147
- Gesellschaftsrecht 183
- s. auch Privatrecht
- Gesellschaftsvertrag
- Herrschaftsvertrag 67
 - religiöser 68
- Gesetzesbindung
- der Richter 24
- Gesetzgeber
- Bestimmung der Gemeinverträglichkeit 144
 - Beurteilungs- und Prognosespielraum 179
 - Gesetzgebungslehre 77
 - Gesetzgebungsverfahren 78 f., 144, 188, 317
 - Gestaltungsfreiheit 163
 - Konsequenzgedanke 170, 179
 - s. auch Vorbehalt des Gesetzes
- Gesundheitsdefinition der WHO 122
- Gewaltenteilung 37 ff., 85, 145, 241
- nicht bei Selbstverwaltung 245
 - und Wahlen 287
- Gewerbe
- und freie Berufe 215
 - Sozialbindung 212
- Gewerkschaft 185
- Werbung für 187
 - s. auch Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie
- Gewohnheitsrecht 76, 252
- aufgezeichnete Observanz 251
 - Gleichbehandlungsgebot 274
 - Steuerbegriff 359
- Gierke, Otto v. 246
- Gladstone, William Ewart 289
- Gleichberechtigung von Mann und Frau 263 ff.
- Ausbildungsplätze 279 f.
 - Chancengleichheit 264, 268 f., 280
 - Differenzierungserlaubnis 271
 - Differenzierungsgebot 271
 - in Ehe und Familie 269 ff.
 - faktische 265
 - hessisches Gleichberechtigungsgesetz 278 ff.
 - kein Gruppenrecht 265, 267
 - keine Ergebnisgleichheit 268, 280
 - keine faktische Gleichheit 263 f.
 - keine Männerdiskriminierung 269
 - keine starren Quoten 265 ff., 279 ff.
 - in der Pattsituation 266
 - Staatsziel 265
 - striktes Differenzierungsverbot 267
 - verfassungspolitische Anstrengungen 264
 - Vorstellungsgespräche 280
 - s. auch Arbeitsrecht, Beamte, Elternrecht, Wehrpflicht
- Gleichheit
- Bindung des Gesetzgebers 216
 - materielles Verständnis 211
 - s. auch Wahlrecht, Willkürverbot
- Globalhaushalt der Universitäten 155
- Glorious Revolution 64
- Glossa ordinaria 63
- Gneist, Rudolf v. 383
- Görres, Joseph v. 385
- Gottesebenbildlichkeit, s. Mensch(en)
- Gregor VII. 32 f., 59 f.
- Gregor IX. 54
- Großbritannien
- Administrative Tribunals 302, 314 f.
 - Ermessen 301, 308 f.
 - Fairnessgebot 315
 - Freiheitsschutz 311 f.
 - Gleichheit der Bürger 301
 - kein Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts 311 f., 489
 - keine fundamental laws 301
 - Ordinary Courts of Law 301 f., 305
 - Rule of Law 301 f., 308
 - Satzungen 305
 - Verfassungsentwurf 297 f., 328 f.
 - Verordnungen 305
 - Verwaltungsverfahren 301

- Vorbehalt des Gesetzes 304
- Wahlrechtsreform 296 ff.
- s. auch England, King in Parliament
- Grotius, Hugo 15
- Grundgesetz
 - und Erziehungsziele 390
 - Herrenchiemsee-Entwurf 439
 - Parlamentarischer Rat 439 ff., 484
 - Rahmencharakter 347 ff.
 - verfassungsgerichtliche Kontrolldichte 349 ff.
 - Wertordnung 26 ff.
- Grundkonsens, nationaler 319 ff.
- Begriff 319
- Integrationsleistung 319 f.
- der Juristen 320
- Kritik an 320
- und Verfassungsgerichtsbarkeit 323 ff.
- und Verfassungsrecht 330 ff.
- Grundpflichten
 - Ableitung aus Grundrechten 480
 - keine zum Grundrechtsgebrauch 406 f.
 - s. auch Schule, Steuerpflicht, Verantwortung(sprinzip)
- Grundrechte
 - als Abwehrrechte 82 f., 195, 407, 449
 - Bestimmtheit des Anspruchsobjekts 196 ff.
 - Bindungsklausel des Art. 1 III GG 43, 82 ff., 88, 159, 198, 216, 300, 335, 409 f., 452, 484
 - und Demokratieprinzip 451 f.
 - Drittwirkung 274, 337, 339, 410
 - Einschränkung 16, 26 f., 163
 - Einwirkung in das Privatrecht 25
 - Existenzminimum 199 f.
 - und Finanz- und Haushaltskompetenz 196
 - Flexibilität von Rechtsinstitutionen 82 f.
 - formelles Hauptgrundrecht 300
 - Forschungsfinanzierung 202
 - und Freiheitsvoraussetzungen 158 ff., 178
 - Instrumentalgrundrechte 468
 - Justizgrundrechte 162
 - als Leistungsrechte 83 f., 194, 449, 451 ff.
 - Maßgabegrundrechte 198
 - objektiv-rechtliche Bedeutung 25, 339, 513
 - und Organisation 2, 160 ff.
 - Rechte Dritter 88
 - und Satzungsautonomie 237 ff., 241
 - Schutzpflichten 144, 199 f., 348
 - Sinn der 214
 - soziale 159, 194 ff.
 - subjektive öffentliche Rechte 311
 - als Teilhaberechte 195 f., 200 ff.
 - und Studienplatz 200
 - unmittelbare Bindung 198
 - und Wertordnung 25 f., 160
 - s. auch Auslegung, Freiheit, Verfassungsgerichtsbarkeit
- Grundrechtsfähigkeit
 - Fakultäten 182
 - Rundfunkanstalten 170
 - Universitäten 182, 410
 - s. auch Privatautonomie, Rechtsfähigkeit, Tarifautonomie
- Grundrechtsgesetze 43
- s. auch Deutsches Reich, Pressefreiheit
- Grundrechtsgleiche Rechte 338
- Grundversorgung, s. Rundfunkanstalten, Rundfunkfreiheit
- Hamilton, Alexander 40, 321
 - s. auch Federal Papers
- Häntzschel 436 ff., 441
- Handelsgesellschaften 220 ff.
- Handwerkskammer
 - Konkurrenz zu Mitgliedern 230, 233
 - Pflichtmitgliedschaft 230
- Hansard Society für Parliamentary Government 296 f.
- Hartmann, Nicolai 10
- Haushaltsrecht
 - und Grundrechte 196
 - Haushaltsgesetz 82
 - Haushaltsplan 367
 - konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft 158 f., 368 f.
 - des Parlaments 188, 196, 452
 - unterstaatliche juristische Personen des öffentlichen Rechts 229
 - verfassungsrechtliche Grundlagen 367
- Hegel, Georg W.F. 21, 42
- Heilberufsgesetze 225 f.
- Heinrich II. 64
- Heinrich IV. 60
- Heinrich V. 60
- Heinrich VIII. 34, 64
- Herbart, Johann Friedrich 150
- Herrenchiemsee-Entwurf 439
- Herrschaftsvertrag 67

Hessen

- Elternmitbestimmung 392 ff.
- Gleichberechtigungsgesetz 278 ff.
- Nassau 424 f.

Heuristik, s. Auslegung

Hochschule, s. Universität

Hochschulrahmengesetz 155

Homunculi 109

– s. auch Embryonen

Humanität, s. Mensch(en)

Humboldt, Wilhelm v. 379 f.

Ideenlehre 56

Impotentia coeundi 98

Impotentia generandi 98 f.

Individualbeschwerde, s. Verfassungsbeschwerde

Individuation, s. Embryonen

Informationsanspruch, s. Auskunftsanspruch, Nachrichtensperre

Insemination, s. Samenübertragung

Institute for Public Policy Research 297 f.

Institutionen

- und Individuum 477
- Flexibilität 81 ff.
- Funktionen 285 ff.
- Organisation und Verfahren 76
- Sanktionsapparat 77
- Sinnggebung 77

Institutionenbegriff 75 ff.

Institutionelle Garantie 73 ff., 477 ff.

- Flexibilität 74, 510
- Freiheitssicherung 74 f.
- Rundfunk als 478 ff., 509 ff.

Institutsgarantie 73 ff.

Integration, s. Grundkonsens, Kirche(n), Massenmedien, Schule, Smend, Verfassung, Verfassungsgerichtsbarkeit, Wahlen

Interessenvertreter 78 f.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte 135

Interpretation, s. Auslegung

Italien 36, 158, 292

- Regionen 324
- Verfassungsgerichtsbarkeit 323 ff.
- Zentralstaat 324

Ius canonicum 33, 60 ff.

- Aufgabe 72
- und evangelisches Bekenntnis 66 f.
- staatsunabhängige Rechtsquelle 70
- und Verfassungsstaat 70
- s. auch corpus iuris canonici, Decretum

Gratiani, Pannormia, Reichskirchenrecht

Ius civile 61

Ius commune 62

Ius divinum 66

Ius humanum 66

Ius publicum 57 f.

Ius sacrum 57 f.

Ius utrumque 34, 46, 53 ff., 71

Iustitia commutativa 31, 273 f.

Iustitia distributiva 31, 273 f.

Ivo v. Chartres 60

Jellinek, Georg 76

Jonas, Hans 111

– s. auch Verantwortung(sprinzip)

Jugendschutz, s. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Rundfunkfreiheit

Jury constitutionnaire 320 f.

Justinian 54, 58

Justizgrundrechte 162

Kammern der Heilberufe

- Aufgaben 223 ff., 227 ff.
- fiskalische Hilfstätigkeit 235
- Organisation 223 ff.
- privatrechtliche Einrichtungen 231 ff.
- Regelung der Berufspflichten 251 ff.
- Schranken aus Wettbewerbsrecht 233 ff.
- Staatsaufsicht 230
- Stimmenverteilung 229
- Werbung 227 f., 234 ff.
- Zwangsmitgliedschaft 222 f.
- s. auch Apotheke, Arzt, Dentist, Zahnarzt

Kanonisches Recht, s. ius canonicum

Kant, Immanuel 20, 38, 137 f.

Kartellrecht 175 f.

– s. auch Wettbewerbsrecht

Kategorischer Imperativ 20

Keimzellen

- Manipulation 89
- Menschenwürde 134
- Verfügung über eigene 114
- s. auch Zygote

Keine Strafe ohne Gesetz 259 f., 421

Kelsen, Hans 326

Kenntnis der eigenen Abstammung, s. Menschenwürde

Kind

- Schutzbedürftigkeit 22
- s. auch Elternrecht, uneheliche Kinder

- King in Parliament 64, 301, 304 f., 329, 489
 - s. auch Souveränität
- Kirche(n)
 - und Arbeitsrecht 71
 - in Europäischer Union 49 ff.
 - geistlicher Auftrag 52
 - institutionelle Verselbständigung 59 ff., 63
 - Integrationsfunktion 391
 - Investiturstreit 59 f.
 - Nationalkirchen 29, 63
 - öffentliche Angelegenheit 50
 - Reichskirchenrecht 66
 - Reichskirchentum 32
 - Selbstverständnis 71
 - Sozialtätigkeit 44 f.
 - staatliche Kirchenhoheit 379, 411
 - Trennung von Staat und Kirche 32 ff.
 - Übernationalität 33
 - s. auch Schule, Universitäten
- Kirche, katholische
 - Kulturkampf 68 f., 382 f.
 - Universalkirche 35, 49
 - s. auch ius canonicum, Schule
- Kirchenrecht, s. ius canonicum
- Kirchliche Freiheit 33
- Klonen, s. Embryonen
- Koalitionsfreiheit 31, 182 ff.
 - externe Organisationsprobleme 183 ff.
 - gesetzliche Voraussetzungen 163
 - Individualrecht 182
 - interne Organisationsprobleme 182 f.
 - Kollektivrecht 182 f.
 - Minderheitenschutz 183
 - im öffentlichen Dienst 186 ff.
 - s. auch Mitbestimmung, paritätische, Tarifautonomie
- Kodifikationen 29
- Kommunen
 - Bürgerantrag 454, 456
 - Formenwahlfreiheit 231
 - Hand- und Spanndienste 248
 - Kommunalpolitik 234
 - Kommunalrecht 238
 - örtlicher Wirkungsbereich 247
 - im Schulwesen 380, 385, 388 f.
 - Sozialtätigkeit 44
 - Staatsaufsicht 151
 - und Staatsbürger 247
 - unterste Ebene hoheitlicher Gewalt 247
- Wettbewerbsrecht 232
- Wirtschaftsbetätigung 230 ff.
- s. auch Satzung(sautonomie), Selbstverwaltung, kommunale
- Kommunikationsordnung, freiheitliche 5 f., 405 ff.
- Kompromiß
 - als Herrschaftsmittel 146
- Konferenz Europäischer Kirchen 49
- Konstantin der Große 32
- Kontrolldichte, s. Ermessen, Verfassungsgerichtsbarkeit
- Konzil von Konstantinopel 58
- Konzil von Konstanz 63
- Kulturkampf 68 f., 382 f.
- Kultusministerkonferenz 387
- Laizismus 36
- Landesherr
 - duplex persona 67
 - Summepiskopat 65, 67
- Landeskirchen 29
- Landesmedienanstalten 493 f.
- Landesverfassung
 - Erziehungsziele 389 ff.
 - soziale Grundrechte 159, 195
- Lehrer
 - und Elternrecht 392 ff.
 - pädagogische Freiheit 395 ff.
 - s. auch Erziehung, Privatschulen, Schule
- Leistungsrecht 165
- Libertas ecclesiae 33
- Lobbyisten 78 f.
- Lorenzo Lotto 53 f.
- Luther, Martin 65
- Maastrichter Vertrag 487
- Madison, James 39 f., 287
 - s. auch Federal Papers
- Mailänder Toleranzedikt 56
- Massenmedien
 - Integrationsfunktion 391, 509 ff.
- Mehrheitsprinzip 18, 79, 146, 286, 319, 325, 328, 330 ff., 347
 - s. auch Parlament, Parteien, Repräsentation, Wahl(recht)
- Meinungsfreiheit 340 ff., 405 ff.
 - Adressaten 409 ff.
 - Äußerungsmodalitäten 407 f.
 - Boykottaufruf 408
 - Ehreenschutz 340 ff., 414 f.
 - Friedlichkeitsvorbehalt 408
 - Jugendschutz 414

- Schranken 413 ff.
- Schutzbereich 407
- Wahrnehmung berechtigter Interessen 341
- Wechselwirkungslehre 339, 341, 414
- Werturteil 407
- Zensurverbot 412 f.
- s. auch allgemeine Gesetze
- Melfi, Konstitutionen von 38 f.
- Mensch(en)
 - faktische Ungleichheit 22
 - Freiheit 51
 - Gottesebenbildlichkeit 40 ff., 46, 92
 - Menschenbild 1, 50
 - Mitmenschlichkeit 21 f., 44, 491 f.
 - Nächstenliebe 43 ff., 46
 - Natur des 19 f.
 - nicht Objekt 51, 92 f., 110, 137
 - Philanthropie 44
 - Selbstbestimmung 19
 - als Subjekt 42, 51
 - weitestmöglicher Begriff 134
 - s. auch Freiheit, Menschenwürde, Verantwortung
- Menschenrecht(e)
 - christliche Grundlage 40 ff.
 - Religionsfreiheit als 34
- Menschenrechtserklärung von 1789 303, 405
- Menschenwürde
 - Abgrenzungsprobleme 94
 - antike Philosophie 91
 - Beginn 92 ff.
 - Begriff 91 ff.
 - Christentum 91
 - Eispende, Embryonenspende 112
 - Embryonen 131 ff.
 - bei Ersatzmutterschaft 117
 - “Ewigkeitsklausel“ des Art. 79 III GG 91 f.
 - und Forschungsfreiheit 90 f.
 - Geistesranke 92, 134, 138
 - internationale Verträge 135
 - kein Dammbruch 111, 138
 - Kenntnis der eigenen Abstammung 101, 113 f.
 - umfaßt Lebensschutz 133
 - Menschenzüchtung 121 f., 138, 417
 - Mensch-Tier-Hybride 120
 - Minimalgarantie 91
 - Mißgeburten 92, 134, 138
 - säkularisiert 92
 - Schrankentrias 90
 - Schutzpflicht 90, 111
 - Selektionsverbot 134
 - Serienmenschen 119 f., 417
 - subjektives öffentliches Recht 311
 - Träger 93 ff.
 - bei Tragemutterschaft 117
 - Verfügung über eigene Keimzellen 114
 - und Vermögensschutz 210
 - vor Zeugung 95
 - s. auch Freiheit, Mensch(en), Verantwortung
- Methodenlehre 84 ff.
 - Interpret 86
 - s. auch Auslegung
- Mill, John Stuart 290
- Minderheitenschutz 18
- Mißgeburten, s. Menschenwürde
- Mitbestimmung
 - der Eltern in der Schule 393 ff.
 - paritätische 188
- Montesquieu, Charles Secondat de 145
- Mutter
 - Erziehungsjahre 272 f.
 - genetische 88 f.
 - s. auch Ersatzmutter, Frau, Tragemutter
- Nachrichtensperre 445 ff.
 - Außenpolitik 461 f.
 - begrenzte 458 f.
 - faktische Schranken 448
 - freiwillige Zurückhaltung 460
 - Geheimhaltungsvorschriften 460 f.
 - gezielte Falschinformation 447
 - journalistische Vertrauensmänner 459 f.
 - Landesverteidigung 446, 461
 - politischer Entscheidungsspielraum 460
 - im Spannungsfall 446
 - tatsächliches Erscheinungsbild 445
 - Verteidigungsfall 446
 - vollständige 458 f.
 - Währungs- und Wirtschaftspolitik 462
 - Wirksamkeitsgrenzen 446 ff.
 - Zweck 445
 - s. auch Auskunftsanspruch, Pressefreiheit
- Nächstenliebe 43 ff., 46
- Nasciturus, s. Embryonen
- Nassau, Herzogtum 424 f.
- Nationalsozialismus 292
- Nationalstaaten 63
- Natural justice 314 f.
- Naturrecht
 - Eigentumsschutz 208

- Lehre 42
- Tradition 15
- Neminem laedere 31
- Nemo iudex in causa sua 314
- Neues Testament 92
- Nichteheliche Kinder, s. uneheliche Kinder
- Nidation, s. Embryonen
- Nikolaus II. 59
- Normative Kraft des Faktischen 76
- Normenkontrolle 333
- Nulla poena sine lege 259 f., 421

- Oberste Gerichtshöfe des Bundes 335
- Obiter dicta 81
 - s. auch ratio decidendi
- Observanz, s. Gewohnheitsrecht
- Öffentlicher Dienst
 - und Koalitionsfreiheit 186 ff.
- Öffentlichkeit
 - des Gerichtsverfahrens 449
 - des Gesetzgebungsverfahrens 78 f., 449
- Österreich
 - Verfassungsgerichtsbarkeit 326 f.
 - Verhältnismäßigkeitsprinzip 326
 - Wahlrecht 295 f.
- Ordensschulen 398
- Organisation
 - Balancierung 146 ff.
 - Ethos als Voraussetzung 157
 - Finanzentscheidungen 153 ff.
 - und Freiheit 143 ff., 160 ff.
 - Neugründung 149 f.
 - Selbstverwaltung 150 ff., 177 ff., 222 ff.
 - Vergesellschaftung von Grundrechten 167 ff.
 - s. auch Gewaltenteilung
- Organisationsrecht
 - Aufgabenfinanzierung 144
 - Begriff 143, 160 f.
 - Bereitstellungsfunktion 230 f.
 - Erforderlichkeit 167
 - und Grundrechte 2, 158 ff.
 - keine Garantie inhaltlicher Richtigkeit 230 f.
 - Kommunikationssteuerung 144
 - innere Konsequenz 181
 - Machtverteilung 144
 - Meinungsneutralität 442 f.
 - Presseorganisationsgesetze 443
 - Rundfunkorganisation 165 ff., 466, 498 ff.
 - Zuständigkeits- und Verfahrensregeln 13
- Organisationsziele
 - Entscheidungskongruenz 145 f., 149
 - Freiheit als Ausgrenzung 145
 - Freiheit als Teilnahme 145
- Organstreit
 - rundfunkrechtlicher 171
 - universitätsrechtlicher 182
- Pacta sunt servanda 31
- Pädagogische Freiheit 395 ff.
- Pannormia 60
- Parlament
 - Funktion 290
 - Koalitionsbildung 290
 - parlamentarisches Regierungssystem 85, 290
 - s. auch Mehrheitsprinzip, Parteien, Repräsentation, Wahl(recht)
- Parlamentarischer Rat 439 ff., 484
- Parlamentssouveränität, s. King in Parliament
- Parlamentsvorbehalt, s. Vorbehalt des Gesetzes
- Parteien
 - Blockbildung 288
 - extremistische 291
 - Kandidatenauswahl 294
 - kleinere 296
 - Mitwirkung an Willensbildung 390
 - Parteienrecht 85, 183
 - Parteienprivileg 453 f.
 - Parteiverbote 24
 - pluralistisches Parteiensystem 287
 - Programm und Verfassung 321
 - und Rundfunk 168, 466, 514
 - Splitterparteien 291
 - Zweiparteiensystem 288, 296
 - s. auch Bürgergruppen, Mehrheitsprinzip, Parlament, Repräsentation, Wahl(recht)
- Paulskirche
 - Pressefreiheit 432 f.
 - Schwurgerichte 432 f.
 - s. auch Deutscher Bund
- Pay-TV 497 f., 512
- Personalvertretungsrecht 170
- Pflichtmitgliedschaft 233
- Philanthropie 44
- Philosophie, s. Wert(ung)
- Polis 143
- Polizeirecht 17

Portugal 36

- Verfassungsgerichtsbarkeit 325 f.

Positivismus 21, 43, 423

Präimplantationsdiagnostik 131, 138

Präsidialsystem 85

Praktische Konkordanz, s. Auslegung

Pressefreiheit 171 ff.

- Ehrenschutz 340 ff., 414 f.
- kein Informationsanspruch 451 ff.
- innere 173 f., 420
- Institut Freie Presse 171 f., 406, 450
- Jugendschutz 414
- kein Presseprivileg 453 f.
- Konkurrenz 175
- Konzentration 420
- Lokalteil 175
- Nachrichtenbeschaffung 172
- objektiv-rechtlicher Gehalt 171 f.
- öffentliche Aufgabe 172, 449
- organisationsrechtliche Konsequenzen 173
- Paulskirche 432 f.
- Pressekonzentration 175
- Preußische Verfassung 427 ff.
- privatrechtliche Organisation 172 f.
- Reichspreßgesetz 433 f., 436, 451
- und Rundfunk 167, 173, 176 f.
- Sozialistengesetz 433 f., 437 f.
- staatliche Informationspflicht 450
- staatsbürgerliche Verantwortung 447
- Subventionen 175 f.
- im Vormärz 424 ff.
- Werbeeinnahmen 177
- s. auch allgemeine Gesetze, Auskunftsanspruch, Nachrichtensperre

Preußen

- Allgemeines Landrecht 379 f.
- aufgeklärter Absolutismus 379
- Hand- und Spanndienste 248
- Kommunalabgabengesetz 364 f.
- Kulturkampf 68 f., 382 f.
- Kuratorialverfassung 154 f.
- Oberschulkollegium 379
- Oberverwaltungsgericht 207 f.
- Pressefreiheit 427 ff.
- Provinzialschulkollegien 382
- Schulaufsicht 377, 382 f.
- Staats- und Bildungsreform 380 f.
- Unterrichtsgesetz 383
- Verfassung 377, 382, 427 ff.

Privatautonomie 238

- s. auch Grundrechtsfähigkeit, Rechtsfähigkeit, Tarifautonomie

Privatrecht

- Bereitstellungsfunktion 162
 - Ehrenschutz 414
 - Einfluß der Grundrechte 25, 274, 337, 339
 - Freiheitssphären abgrenzen 17, 162
 - neminem laedere 31
 - pacta sunt servanda 31
 - Samenspende 115, 124
 - Schmerzensgeld 115, 124
 - Vertragsfreiheit 31
- Privatschulen
- Anspruch auf Subventionen 203
 - und Elternrecht 193 f.
 - Ersatzschulen 193 ff.
 - Erziehungsziele 401
 - Finanzierung 194
 - freie Lehrerbestellung 399
 - freiheitsfördernde Konkurrenz 400
 - Indikator staatlicher Schulpolitik 194, 400
 - keine Sonderung nach Besitzverhältnissen 204
 - Kirche als Schulträger 400
 - Ordenschulen 398
 - Privatschulfreiheit 398 ff.
 - staatliche Rechtsaufsicht 399
 - und staatliches Haushaltsrecht 203
 - Waldorfschulen 400
 - s. auch Erziehung, Lehrer, Schule
- Professoren, s. Universitäten

Queen in Parliament, s. King in Parliament

Raffael 53 ff.

Ratio decidendi 80, 352 f.

- s. auch obiter dicta

Ratio scripta 61

- s. auch Römisches Recht

Realien der Gesetzgebung 77

Recht

- Aufgaben 71 f.
- Bereitstellungsfunktion 183, 189
- als Friedensordnung 11, 16
- Innenrecht 240
- Instrument des Freiheitsschutzes 76 f.
- ius utrumque 36, 46, 53 ff., 71
- Natur des Menschen als Grenze 20
- philosophische Grundlagen 10
- Unvermeidbarkeit von Werten im 12
- Verwissenschaftlichung 61
- Vorgegebenheiten 47 f., 69, 76 f., 134

- Wertung als Grundlage 24
- Wertungswidersprüche 134
- Zweiheit des 56, 70
- s. auch Leistungsrecht, Organisationsrecht, Staatszwecke, Wertbegründung des Rechts
- Rechte anderer, s. freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Rechtsanwalt als freier Beruf 207, 218
- Rechtsfähigkeit
 - Mensch als Rechtssubjekt 311
 - Teilrechtsfähigkeit 237
 - s. auch Grundrechtsfähigkeit, Privatautonomie, subjektives öffentliches Recht, Tarifautonomie
- Rechtsfortbildung 27, 335, 349 f.
- Rechtskollision
 - Zivilrecht und kanonisches Recht 63
- Rechtsordnung
 - Flexibilität 2, 74 f., 78 f.
 - Stabilität 75
 - Wertungswidersprüche 134
- Rechtsprechung
 - Bedeutung der Werte 23 ff.
 - durch Verfassungsgerichte 319 ff., 333 ff.
- Rechtsstaat(sprinzip)
 - Befugnisse der öffentlichen Gewalt 17
 - und Demokratie 146
 - Geschichte 40
 - Gesetzesvorrang 244
 - Verwaltungsverfahren 300
 - s. auch Frankreich, Großbritannien
- Rechtsvereinheitlichung, internationale 126
- Rechtsvergleichung 15 f., 30 f.
 - Verfassungsgerichte 323 ff.
 - Verhältnis von Staat und Kirche 32 ff.
 - Verwaltungsverfahren 300 ff.
 - Wahlrecht 288 ff.
- Rechtsverordnung, s. Verordnung
- Rechtswissenschaft 10, 61 ff.
- Reformation 42, 64 ff., 379
- Regnum 33, 58, 67
 - s. auch sacerdotium
- Reichspreßgesetz 433 f., 436, 451
- Religionsfreiheit
 - in Frankreich 36
 - institutioneller Unterbau 37
 - als Menschenrecht 34
 - negative 69
 - staatlich gewährleistet 35
- Rentenversicherung, s. Sozialversicherung
- Repräsentation
 - durch Elternrat 192 f.
 - freie Presse als Bestandteil der Repräsentativverfassung 406
 - als Herrschaftsmittel 146
 - örtliche im Wahlkreis 288 f.
 - durch Wahlen 285 ff., 293, 298
 - s. auch Mehrheitsprinzip, Parlament, Parteien, Wahl(recht)
- Revolution 42
 - päpstliche 33
- Richter
 - Gesetzesbindung 24
 - Kenntnis des Fachrechts 335 f.
 - Rechtsfortbildung 27, 335, 349 f.
 - s. auch Auslegung
- Römisches Recht 29, 421
 - s. auch ratio scripta
- Rotteck, Carl v. 42
- Rousseau, Jean-Jacques 21, 305, 327
- Rule of Law 301 f., 308
- Rundfunkanstalten, öffentlich-rechtliche 168
 - Aufgabenbereich 495, 498 ff., 509
 - Aufsicht über 169
 - Außenpluralismus 472, 492 f.
 - Bestands- und Entwicklungsgarantie 480, 498, 504
 - Binnenpluralismus 466, 472
 - duales Rundfunksystem 485, 493, 495, 500, 510 f., 513 f.
 - Eingriff in Rundfunkfreiheit 485 f., 496, 514
 - Gebührenfinanzierung 495, 505 f.
 - Grundrechtsfähigkeit 170, 465, 509
 - Grundversorgung 480, 485, 501 ff., 509 ff., 514
 - kein Grundrecht auf Programm-erweiterung 506 ff.
 - keine institutionelle Garantie 467 ff., 471 f., 480, 483, 508 ff.
 - Kinderprogramm 512
 - Mischfinanzierung 496
 - Mitbestimmung 169
 - Oligopol 466, 469 f.
 - Organstreit 171
 - regionale und lokale Programme 503 f.
 - Rundfunkgremien 168 ff., 465, 485
 - Spartenprogramme 511 f.
 - treuhänderische Funktion 465, 499
 - Vollprogramm 511 f.
 - Werbefinanzierung 177, 472, 474, 479

- Rundfunkfreiheit 5, 165 ff.
 - ausländische Programme 474
 - Begriff des Rundfunks 464 f., 497 f.
 - Ehrenschatz 492
 - europäische Einflüsse 487 ff.
 - Fernsehwirkungen 469 ff., 492
 - Frequenzknappheit 163, 165 ff., 464 ff., 473, 482, 485, 499, 513 f.
 - Gefahren 472
 - Gemeinverträglichkeit 491 ff.
 - gesellschaftliche Aufgabe 169, 479, 483
 - Gesetzgebungskompetenz 475 ff., 497
 - gesetzliche Rundfunkorganisation 464 f.
 - Informationsfreiheit 471
 - als institutionelle Garantie 478 ff., 509 ff.
 - Jugendschutz 473 f., 492
 - Kabel und Satellit 465 ff.
 - Kabeltext 476
 - kein bloßer Programmsatz 483 f.
 - Landesmedienanstalten 493 f.
 - Meinungsvielfalt 492 f.
 - objektiv-rechtliche Deutung 471, 478 ff., 499
 - Pay per View 512
 - Pay-TV 497 f., 512
 - Pluralismusbegab 165 f.
 - und Presse 167, 173, 176 f.
 - Programmausgewogenheit 148, 443, 495
 - Programmkontrolle 413
 - Rundfunkneuordnung 464 ff.
 - Rundfunkgebührenstaatsvertrag 497
 - Rundfunkstaatsvertrag 490, 497 f., 513 f.
 - Schranken 473 ff., 494
 - Sendezeitbeschränkung 474
 - Sondersituation 163, 165 ff., 464 ff., 473, 482, 485, 499, 513 f.
 - Sorgfalts- und Wahrheitspflichten 492
 - Staatsaufgabe 169
 - staatsbürgerliche Verantwortung 447
 - als subjektives Recht 167, 467 ff., 482 ff., 488, 500 f., 513 ff.
 - Vergesellschaftung 166, 413, 465 f., 470, 483, 499
 - verwaltungsrechtliche Instrumente 493 f.
 - Video on demand 512
 - Videotext 468 f., 475 f.
 - wirtschaftliche Bedeutung 491
 - s. auch allgemeine Gesetze, Nachrichtensperre
- Sacerdotium 33, 58, 67
 - s. auch regnum
- Sachverständige 78 f.
- Säkularisation 46
- Salische Kaiser 58
- Salomon, Urteil des 54
- Samenübertragung, künstliche
 - Dritter 98 ff.
 - Ehemann 98
 - keine Anonymität 90 ff.
 - Samenauswahl 102
 - Samenbank 101 f.
 - Unterhaltsforderungen 102
 - unverheiratete Frau 105
 - s. auch Eispende, Embryonen
- Satzung(sautonomie) 237 ff.
 - Amtsrecht 240
 - Anschluß- und Benutzungszwang 251
 - Aufgabenbindung 262
 - Bausatzungen 251
 - Berufsverbände 251 ff.
 - Bestrafungsgrundlage 259
 - Deutsche Bundesbank 259 ff.
 - Dezentralisation der Rechtssetzung 239 f.
 - Entlastung des Gesetzgebers 239, 245
 - Europäische Zentralbank 259
 - Gemeinden 241 ff., 247 ff.
 - gerichtliche Kontrolle 255
 - in Großbritannien 305
 - Rang 260
 - Steuersatzungen 249
 - Universitäten 261 f.
 - Unterschied zu Verordnung 244
 - Verhältnismäßigkeit 255
 - s. auch Selbstverwaltung, Verordnung
- Scheidung 74
- Scheinvater
 - Anfechtungsrecht 102
 - Unterhaltspflicht 103 f.
- Scheler, Max 11
- Schleiermacher, Friedrich 380
- Schmitt, Carl. 73, 477
- Scholastik 15, 18
- Schopenhauer, Arthur 38
- Schrankentrias, s. freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Schule
 - allgemeinbildende 276

- und Elternrecht 190 ff.
- Erziehungsziele in Landesverfassungen 389 ff.
- Föderalismus und 386 ff.
- Grenzen staatlicher Kompetenz 193, 380, 384 ff.
- Grundschule 191
- Integrationsfunktion 381, 391 f., 401
- kirchliche Beteiligung 382, 384 f.
- Koedukation 277
- kommunaler Anteil 380, 385, 388 f.
- Kurssystem 191
- Mitbestimmung der Eltern 393 ff.
- Schulaufsicht 377 ff., 386
- staatliche Schulhoheit 190 ff., 378, 384
- Schulpflicht 193, 376
- staatlicher Erziehungsauftrag 190 f.
- unitarisierter Föderalismus 386 ff.
- Verstaatlichung 381 ff.
- s. auch Erziehung, Lehrer, Privatschulen, Sonderstatusverhältnisse
- Schutzpflichten, staatliche, s. Ehe und Familie, Grundrechte, Menschenwürde
- Schwurgerichte 432 f.
- Schweden 35
- Schweiz 133
- Selbstgesetzgebung, s. Satzung(sautonomie)
- Selbstverwaltung
 - Aufgabenbindung 161, 223 ff.
 - demokratische Übung 245 f.
 - freie Berufe 148, 151 f., 222 ff., 251 ff.
 - Handel 148, 151 f.
 - Handwerk 148, 151 f.
 - keine Gewaltenteilung 245
 - kommunale 3, 74, 150 f., 247 ff.
 - und Staatsverwaltung 153, 161
 - universitäre 152 ff.
 - s. auch Satzung(sautonomie)
- Sieyès, Emmanuel de 320 f.
- Sittengesetz 96, 118
- Smend, Rudolf 286, 436 ff., 441
- Soldaten, s. Sonderstatusverhältnisse
- Sondersituation des Rundfunks, s. Rundfunkfreiheit
- Sonderstatusverhältnisse 81, 415
- Souveränität 238, 287, 295, 449
 - s. auch King in Parliament, Wahl(recht)
- Sowjetunion
 - Sowjetblock 322
 - Verfassung 407
- Sozialhilfe 45
- Sozialistengesetz 433 f., 437 f.
- Sozialrecht 31
- Sozialstaat(sprinzip) 44 f., 158 f., 199 f., 211 f., 266, 369, 451 ff.
 - als Differenzierungserlaubnis 272
- Sozialversicherung 31, 45, 74
- Soziologie 75 ff.
- Spanien 36
 - Spätscholastik 15, 18
 - Verfassungsgerichtsbarkeit 324 f.
- Spannungsfall nach Art. 80a GG und Nachrichtensperre 446
- Spiritualia 50, 60
 - s. auch Temporalia
- Staat
 - Funktion staatlicher Institutionen 3 f., 285 ff.
 - geistige Grundlagen des Verfassungsstaats 29 ff., 51
 - Grenzen der Staatsgewalt 18, 37, 67 ff.
 - und Grundrechte 145, 158 ff., 299 ff.
 - und Kirche 31, 59 ff., 63 f., 67 ff.
 - religiöse Neutralität 37, 69 ff.
 - Staatskirchentum 63 ff.
 - Staatsreligion 36
 - Ständestaat 254 f.
- Staatsaufgaben, Staatszwecke
 - Beschränkung 67 f., 147
 - Erweiterung 147
 - Freiheit 12
 - Friedensordnung 12, 16 f.
 - Kulturstaat 409
 - nicht religiöse Angelegenheiten 37
 - Organisation des Rundfunks 169, 445 ff., 477 ff.
 - Schule 384
 - sozialer Ausgleich 16, 22, 45
 - Staatszielbestimmungen 198
- Status negativus, s. Grundrechte, Abwehrrechte
- Status positivus, s. Grundrechte, Leistungsrechte
- Stein, Lorenz v. 363
- Steuerbegriff 357 ff.
 - außerfinanzielle Zwecke 362 f., 374
 - finanzwissenschaftlicher 363 f.
 - Finanzzweck 364, 367 f.
 - und Gesetzgebungskompetenz 372 ff.
 - verfassungsrechtlicher 366 ff.
 - Verhältnis der Zwecke zueinander 370
 - vorkonstitutioneller 362 ff.
 - wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke 368 ff.

- Steuerberater 207
 - s. auch freie Berufe
- Steuerbevollmächtigte 207, 218
 - s. auch freie Berufe
- Steuerertragskompetenz 358, 367
- Steuergesetzgebungskompetenz 357, 372 ff.
 - keine gesonderte für Nebenzwecke 372
 - Mißbrauchsverbot 375
- Steuern
 - Feuerschutzsteuer 374
 - Grunderwerbsteuer 374
 - Grundrechte als Grenze 249, 369, 371
 - Konjunkturzuschlag 370
 - Progression 31, 272
 - Rechtsstaatsprinzip als Grenze 369
 - Schankerlaubnissteuer 374
 - Spielbankabgabe 374
 - Steuerfindungsrecht 358
 - Steuerquelle 250
 - Steuersatzung 249
 - Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung 249
 - Umsatzsteuer 358
 - Verbrauch- und Aufwandsteuer 374
 - Vergnügungsteuer 373 ff.
 - wirtschaftspolitische Ziele 369
- Steuerpflicht 358
- Strafprozeßrecht
 - Anhörungsrüge 356
 - Paulskirche 433
- Strafrecht
 - allgemeine Strafgesetze 430 f., 436, 442
 - Ehrenschaft 414
 - Ergänzungen zum Embryonenschutz 125
 - Friedensgarant 17
 - Geldstrafe 362
 - Pressefreiheit 422, 427
- Strafvollzug, s. Sonderstatusverhältnisse
- Struve, Gustav v. 42 f.
- Studenten, s. Universitäten
- Subjektives öffentliches Recht 299, 310 ff., 488
 - s. auch Rechtsfähigkeit, Rundfunkfreiheit
- Subsidiarität, s. Elternrecht, Europäische Union, Verfassungsbeschwerde
- Subventionen der Presse 175 f.
- Südafrika 329
- Südkorea 322
- Sünde, s. Erbsünde
- Summepiskopat 65, 67
- Suprematsakte, englische 34, 64
- Tarifautonomie 184 ff.
 - einzelne Arbeitgeber 186
 - Arbeitslohn 276 f.
 - gemischtfachliche Unternehmerverbände 185
 - Gewerkschaft 185
 - und Gleichbehandlungsgebot 274
 - Handwerksinnung 186
 - Staat als Tarifpartner? 187
 - s. auch Arbeitsrecht, Grundrechtsfähigkeit, Privatautonomie, Rechtsfähigkeit
- Temporalia 60
 - s. auch Spiritualia
- Tennessee, Affengesetz 437 f.
- Theologische Fakultäten 410
- Thoma, Richard 14, 25, 300 f.
- Thomas v. Aquin 15, 38
- Toleranz 35, 56
- Tragemutter 88 ff., 95 f., 112 ff.
 - ausnahmsloses Verbot 119
- Tribonian 54
- Troeltsch, Ernst 41, 44
- Tugenden
 - allegorische Darstellung 54
 - Bürgertugenden 483
- Übermaßverbot, s. Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Ubi ius, ibi remedium 312
- Umlagen 362
- Uneheliche Kinder
 - Gleichstellungsauftrag 98 f.
 - Kindeswohl 270
 - Sorgerecht der Mutter 270
 - väterliche Rechtstellung 270
- Ungeborenes Leben, s. Embryo
- Universitäten
 - Assistenten 180
 - Autonomie 261 ff.
 - externe Geldgeber 181 f.
 - Finanzierung 153 ff.
 - Grundrechtsträger 182, 410
 - Grundrechtsverpflichtung 410
 - Gruppenuniversität 179 ff.
 - Habilitationsordnung 241, 261, 410
 - Organisation 177 ff.
 - Organisationsmodelle 181 ff.
 - Professoren 179 f., 408
 - Promotionsordnung 241, 261, 410

- Studenten 179 f., 200
- theologische Fakultäten 410 f.
- s. auch Fakultäten, Satzung(sautonomie), Wissenschaftsfreiheit
- Unterhaltsforderungen, s. Samenübertragung, künstliche
- Untermaßverbot, s. Verhältnismäßigkeitsprinzip
- Untersuchungshaft, s. Sonderstatusverhältnis
- Urteilsverfassungsbeschwerde, s. Verfassungsbeschwerde
- USA
 - Meinungsfreiheit 413 f.
 - Supreme Court 321
 - Verfassung 405
 - Wissenschaftsorganisation 241
 - s. auch Federal Papers, Virginia Bill of Rights
- Utilitarismus 137 f.
- Vater, s. Scheinvater
- Verantwortung(sprinzip) 88, 118
 - der Presse 447
 - des Rundfunks 447
 - s. auch Freiheit, Grundpflichten, Jonas, Mensch(en), Menschenwürde
- Vereinigtes Königreich, s. England, Großbritannien
- Vereinsrecht 144, 183
- Vereinte Nationen, Charta der 135
- Verfahrensgerechtigkeit, s. Gerechtigkeit
- Verfahrensrecht
 - Funktion 145, 162
- Verfassung
 - Begriff der 18, 195, 320 f.
 - Einheit der 27
 - Gestaltung des Gemeinwesens 195
 - Integrationsfunktion 159, 198, 391
 - keine Optimierung 330, 338, 348, 511
 - und nationaler Grundkonsens 330 ff.
 - Normativität 331
 - als Rahmenordnung 195 f., 321, 330 ff., 338, 347 ff., 355, 511
 - Übergangsregeln 263
 - Verfassungsauftrag 198
 - Voraussetzungen 149
 - vorkonstitutionelle Rechtsbegriffe 359 ff.
 - im Vormärz 424 ff.
 - Vorrang der 3, 26, 300, 320 ff.
- Verfassungsgeber
 - Grenzen der verfassungsgebenden Gewalt 10, 18
- Verfassungsauslegung, s. Auslegung
- Verfassungsbeschwerde
 - Abgrenzungsformeln des BVerfG 336 ff.
 - Abschaffung 355 f.
 - Anhörungsritze 356
 - außerordentlicher Rechtsbehelf 300, 333 f.
 - Bindungswirkung der Entscheidungen 352 ff.
 - Erweiterung 338
 - und Fachgerichte 334
 - Grundrechtsschutz 83
 - Rechtswegerschöpfung 334
 - Schumannsche Formel 349 f.
 - stattgebende Kammerentscheidungen 353 ff.
 - Subsidiarität 334
 - Verletzung spezifischen Verfassungsrechts 337 ff.
- Verfassungsbeschwerdebefugnis, s. Grundrechtsfähigkeit
- Verfassungsgerichtsbarkeit
 - Ersatz fachgerichtlicher Wertungen 343
 - und Fachgerichte 333 ff.
 - faktische Bindungswirkung 354
 - flexibles Kontrollarsenal 355
 - Grundrechtsschutz 83, 198
 - Integrationsfunktion 159, 319 ff.
 - keine Superrevisionsinstanz 336
 - keine Verfassungspolitik 330
 - Kontrolldichte 349 ff.
 - und nationaler Grundkonsens 319 ff.
 - Normenkontrolle 3
 - Prognoseentscheidungen 345
 - Schumannsche Formel 349 f.
 - Sicherung der Grundrechte 43
 - und Tatsachenkontrolle 336, 343
 - Überlastung 355
 - Ungleichgewichtslagen 346
 - Untätigkeit des Gesetzgebers 85
 - Verletzung spezifischen Verfassungsrechts 337 ff.
 - und Vorrang der Verfassung 3, 321
 - Vorwirkung auf Gesetzgebung 79
 - Wertungsrahmen 345
 - s. auch Bundesverfassungsgericht, ratio decidendi
- Verfassungsmäßige Ordnung, s. freie Entfaltung der Persönlichkeit

- Verhältnismäßigkeitsprinzip 147, 159, 216, 255, 300 f., 307
 - Untermaßverbot 348
- Verhältnismahlrecht 290 ff., 296
- Verordnung
 - Bestimmtheit der Ermächtigungsgrundlage 244
 - in Frankreich 306 f.
 - in Großbritannien 305
 - Unterschied zu Satzung 244, 253 f.
 - Verfassungsermächtigung 243 f., 253 f.
 - und Vorbehalt des Gesetzes 304
 - s. auch Satzung(sautonomie)
- Verteidigungsfall und Nachrichtensperre 446
- Verteilende Gerechtigkeit 31, 273 f.
- Vertrag 16 f.
 - Vertragsfreiheit 31
 - s. auch Herrschaftsvertrag, Privatrecht
- Vertragsgerechtigkeit 31, 273 f.
- Verwaltungsakt
 - Nichtigkeitsdogma 308
- Verwaltungsermessen, s. Ermessen
- Verwaltungsgericht(liches Verfahren) 80, 299, 318, 462 f.
- Verwaltungsrecht 17, 79
 - Freiheitsbündigung 147
 - Pressefreiheit 427
 - Rundfunkfreiheit 493 f.
- Verwaltungsverfahren 299 ff.
 - allgemeine Rechtsgrundsätze 317 f.
 - Anhörung 314
 - Begründung 314
 - in Deutschland 300
 - Effizienz der Verwaltung 318
 - in Frankreich 302
 - in Großbritannien 301
 - rechtsstaatliche Anforderungen 313 ff.
 - Sachverhaltsermittlung 314
 - subjektives öffentliches Recht 310 ff.
 - Verwaltungsverfahrensgesetz 313
 - Vorbehalt des Gesetzes 304 ff.
 - s. auch Ermessen, Verwaltungsakt
- Videotext 468 f., 475 f.
- Virginia Bill of Rights 405
- Völkerrecht 31
- Volkssouveränität, s. Souveränität
- Volonté générale, s. Rousseau, Jean-Jacques
- Vorbehalt des Gesetzes
 - Berufsfreiheit 252
 - Beurteilungs- und Ermessensspielräume 82, 307, 318, 458, 494
 - Eingriff in Freiheit und Eigentum 81
 - formelles Gesetz 243
 - öffentlich-rechtliche Körperschaften 223
 - Parlamentsvorbehalt 304
 - staatliche Leistungen 82
 - und Verordnungen 304
 - Verwaltungsverfahren 299, 304 ff.
 - Wesentlichkeitstheorie 82, 243 f., 246, 255, 262
 - s. auch allgemeine Gesetze, Ermessen, Zweckmäßigkeit
- Vorgegebenheiten von Recht und Staat
 - Finalität der befruchteten Eizelle 134
 - Freiheit und Gleichheit 47 f.
 - Realien der Gesetzgebung 77
 - religiöse Institutionen 69
 - soziale Institutionen 76
- Vormärz 420 ff.
- Vormundschaftsgericht 189
- Währungs- und Wirtschaftspolitik und Nachrichtensperre 462
- Wahl(recht) 285 ff.
 - Allgemeinheit der 285 f.
 - alternative vote system 288
 - bewegliche Listen 294
 - Direktmandate 293
 - Dreierwahlkreise 296
 - Einerwahlkreise 296
 - Ersatzkandidaten 288
 - Frauenwahlrecht 295 f.
 - Fünfprozentklausel 293, 297
 - Geheimheit 287
 - Gleichheit der 285 f., 293
 - Homogenität der Bevölkerung 285
 - Integrationsfunktion 286, 291
 - Kontrollfunktion 287
 - Legitimationsfunktion 286 f.
 - majority system 288
 - Mehrheitswahlrecht 288 ff.
 - Mehrkandidatenwahlkreise 298
 - Mentalität der Bevölkerung 285
 - Mischformen 292 ff.
 - Periodizität 287, 295
 - personalisierte Verhältniswahl 292 ff.
 - plurality system 288
 - Reform 295 ff.
 - starre Listen 294
 - technisches Recht 285
 - Überhangmandate 292 f.
 - Verhältniswahlrecht 290 ff., 296
 - Wahlkreise 289

- Wahlvorschläge 290 f., 294 f.
- Zensuswahlrecht 286
- Zweck 285, 291
- zweiter Wahlgang 288
- Zweitstimmen 292
- s. auch Mehrheitsprinzip, Parlament, Parteien, Repräsentation
- Weber, Adolf Dietrich 421
- Weber, Max 77, 145
- Weber, Werner 419 ff.
- Weimarer Reichsverfassung
 - allgemeine Gesetze 70 f., 434 ff.
 - Eigentumsschutz 207 f.
 - Einrichtungsgarantien 73
 - Gesetzesvorbehalt 300
 - Gleichberechtigung von Mann und Frau 263
 - kein Informationsanspruch der Presse 451
 - Kirchenrechtsartikel 410 f.
 - Meinungsfreiheit 436, 439, 441
 - Religionsfreiheit 70 f.
 - Schulwesen 377, 383 f.
 - soziale Grundrechte 195
 - Wahlrecht 291, 295
 - Zensurverbot 412
 - s. auch Deutsches Reich
- Weltgesundheitsorganisation (WHO) 122
- Wert(ung)
 - Bewertung der Mittel 9
 - Bewertung der Zwecke 9
 - grundgesetzliche Wertordnung 26 ff.
 - Hierarchie der 23 f.
 - historische Kriterien 13, 15
 - konkrete Erscheinung 23
 - negative, ausgrenzende Funktion 23
 - philosophische Wertlehren 11 f.
 - praktische Bewährung 15
 - und Rechtsprechung 23 ff.
 - Richtigkeitskriterien 15
 - Wertkritik 10 ff.
 - Wertstruktur 9
 - Zuständigkeits- und Verfahrensregeln 13
 - s. auch Auslegung
- Wesentlichkeitstheorie, s. Vorbehalt des Gesetzes
- Wettbewerbsrecht
 - kommunale Wirtschaftstätigkeit 231
 - Rücksichtnahmegebot 236
 - Rundfunkfreiheit 493
 - s. auch Kartellrecht
- Widerstandsrecht 17 f.
- s. auch Ziviler Ungehorsam
- Willkürverbot 340, 349
- Wirtschaft
 - soziale Bindung 45
- Wissenschaftsfreiheit
 - Adressaten 409 ff.
 - Forschungsfinanzierung 202
 - Grundlagenforschung 416
 - Gruppenuniversität 179 ff.
 - Institution Freie Wissenschaft 177
 - Kirchen nicht als Adressaten 411 f.
 - Menschenwürde 90 f., 97
 - objektiv-rechtliche Garantie 180 f., 409
 - Organisationsmodelle 181 ff.
 - ungeschriebene Schranken 415 ff.
 - Schrankenleihe 97
 - Schutzbereich 408 f.
 - Selbstorganisation 262
 - staatliche Haushaltsmittel 163
 - Treuepflicht 177
 - universitäre Selbstverwaltung 152 ff.
 - Universitätsorganisation 163, 177 ff.
 - wertentscheidende Grundsatznorm 177
 - s. auch Satzung(sautonomie), Universität
- Wormser Konkordat 60
- Württemberg
 - Pressefreiheit 425 f.
- Zahnarzt 206
 - Zahnheilkundengesetz 217 f.
 - s. auch Dentist, freie Berufe
- Zensurverbot 412 f.
 - s. auch Meinungsfreiheit
- Zeugung
 - Generationsgebundenheit 90
 - postmortale 98
- Ziviler Ungehorsam 406 f.
 - s. auch Widerstandsrecht
- Zivilprozeß 16
- Zivilrecht, s. Privatrecht
- Zuständigkeits- und Verfahrensregeln, s. Organisationsrecht
- Zwangsmitgliedschaft, s. freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Zweckmäßigkeit 233, 318
 - s. auch Ermessen, Vorbehalt des Gesetzes
- Zygote 120 f., 417
 - s. auch Keimzellen